

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Frau Bundesrätin
Elisabeth Baume-Schneider
Vorsteherin EDI
Inselgasse 1
CH-3003 Bern

Bern, 5. Februar 2024

**Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte
Vorsorgeformen (BVV3) zur Einführung von Einkäufen in die Säule 3a.
Vernehmlassungsstellungnahme**

Sehr geehrter Frau Bundesrätin

Mit Brief vom 22. November 2023 eröffnete der Vorsteher EDI die randvermerkte Vernehmlassung. Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) hat sich anlässlich ihrer Plenarversammlung vom 2. Februar 2024 mit der Vorlage befasst und nimmt wie folgt Stellung:

- 1 Die FDK ist grundsätzlich dagegen, über das Steuerrecht Förderpolitik zu betreiben. In diesem Sinne sieht sie auch die vorgesehene Ordnungsänderung kritisch. Wenn aber der Abzug erweitert werden soll, dann unterstützt sie enge Leitplanken wie im Verordnungsentwurf vorgesehen.

1. Grundsätzliches

- 2 Das steuerlich privilegierte Alterssparen ist ein ausserfiskalisch motivierter Abzug. Das Einkommenssteuerrecht soll der Generierung von Einnahmen dienen und kein Lenkungsinstrument für Förderpolitik sein. Die FDK stellt jedoch die bestehenden Abzugsmöglichkeiten der Säule 3a nicht in Frage. Die Erweiterung der Abzugsmöglichkeiten wird jedoch kritisch beurteilt.
- 3 Die Säule 3a ist – anders als die Säule 2a - nicht Teil der (obligatorischen) Sozialversicherung. Vielmehr handelt es sich um eine freiwillige individuelle Vorsorge, finanziert durch periodische Beiträge, die nach Gutdünken des Vorsorgenehmers bezahlt werden. Es besteht somit keine versicherungstechnische Lücke, die - wie in der 2. Säule – zu schliessen wäre, sobald das obligatorische Anschlussalter erreicht wird (vgl. Art. 7 BVG). Auch sind solche Einkäufe im AHVG nicht vorgesehen.

Sekretariat - Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern
T +41 31 320 16 30 / www.fdk-cdf.ch

240205 einkäufe säule 3a vl stn fdk_def_d.docx

- 4 Die Einführung von Einkaufsmöglichkeiten in die Säule 3a würde Personen mit sehr geringen Einkommen voraussichtlich keine Verbesserung ihrer Vorsorge ermöglichen. Darüber hinaus hätte die Massnahme nennenswerte finanzielle Auswirkungen sowohl auf Bundes- als auch auf Kantons- und Gemeindeebene zur Folge. Der Vernehmlassungsbericht beziffert sie auf rund CHF 100 bis 150 Mio. auf Bundesebene und auf 200 bis 450 Mio. auf Kantons- und Gemeindeebene.
- 5 Schliesslich verweisen wir auf die erheblichen Vollzugsaufwände, die mit einer Einführung von Einkäufen in die Säule 3a entstehen. Die Steuerbehörden müssten umfangreichere Kontrollen durchführen.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen, falls das Geschäft weiterverfolgt würde

Art. 7a – Abzugsberechtigung für als Einkauf geleistete Beiträge

- 6 Wir begrüssen, dass nur Personen ein Einkaufspotenzial haben, die in den letzten zehn Jahren vor dem Einkauf nicht alle maximal zulässigen Beiträge einbezahlt haben (vgl. Art. 7 Abs. 1 Bst. a E-BVV3).
- 7 Folgerichtig muss der Vorsorgenehmer bzw. die Vorsorgenehmerin während dieser Zeit berechtigt gewesen sein, Beiträge an die Säule 3a zu leisten. Dies bedeutet, dass er bzw. sie während dieser Zeit eine AHV-beitragspflichtige unselbständige oder selbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt hat (vgl. Art. 7 Abs. 1 E-BVV3).
- 8 Die Pflicht, vor dem Einkauf zuerst einen ordentlichen Beitrag in die Säule 3a einzuzahlen, erscheint insbesondere aus steuerlicher Sicht sinnvoll. Dadurch wird eine neue Lücke vermieden, weil im Jahr des Einkaufs in die Säule 3a keine ordentlichen Beiträge getätigt werden.
- 9 Das Einkaufspotenzial entspricht der Differenz zwischen der Summe der maximal zulässigen und der tatsächlich einbezahlten Beiträge der letzten zehn Jahre vor dem Einkauf. Der Einkauf darf jedoch den Betrag des «kleinen» Abzugs nach Art. 7 Abs. 1 Bst. a BVV3 nicht übersteigen (vgl. Art. 7a Abs. 2 E-BVV3). Diese Beschränkung erlaubt das „Nachholen“ von nicht einbezahlten Beiträgen in die Säule 3a, begrenzt aber die Steuerplanung, indem der Einkaufsbetrag auf die Höhe des «kleinen Abzugs» begrenzt wird.
- 10 Sinnvoll erscheint auch die in Art. 7a Abs. 4 E-BVV3 vorgesehene Beschränkung, wonach Einkäufe nicht mehr zulässig sind, wenn der Vorsorgenehmer eine Altersleistung bezieht: Damit wird verhindert, dass ein Vorsorgenehmer die Altersleistung aus der Säule 3a bezieht, (was ab dem 60. Lebensjahr möglich ist,) und kurz danach einen Einkauf in die Säule 3a tätigt. Einem möglichen steuerlichen Missbrauch – wie er in der Praxis vorkommt - wird damit vorgebeugt (Wiedereinbringung von Vorsorgeguthaben innerhalb Jahresfrist i.S.v. Art. 24 Bst. c DBG und 7 Abs. 4 Bst. e StHG).

Art. 7b - Gesuch um Annahme von als Einkauf geleisteten Beiträgen

- 11 Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Vorsorgenehmer den Einkauf bei der Säule 3a Einrichtung mittels schriftliches Gesuch, welches spezifische Angaben enthalten muss, beantragen muss: Bevor der Vorsorgenehmer den Einkauf tätigt, muss er bestätigen, dass er im Einkaufsjahr den vollen ordentlichen Beitrag für das betreffende Jahr entrichtet hat; für die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen werden soll, noch keinen Einkauf vorgenommen wurde; er noch keine Altersleistung der Säule 3a bezogen hat (vgl. Art. 7b Abs. 1 und Abs. 2 E-BVV3). Das Gesuch muss sodann auch die ordentlichen Säule 3a Beiträge der letzten 10 Jahre vor dem Einkauf beinhalten, die in andere Vorsorgeeinrichtungen eingezahlt wurden, als der Einkauf.

- 12 Wir erachten es als unabdingbar, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge verpflichtet werden, die Gesuche zu prüfen und die Zulässigkeit eines Einkaufs aufgrund der erhaltenen Informationen zu beurteilen. Sind die Voraussetzungen für einen Einkauf erfüllt, lässt die Säule 3a Einrichtung diesen zu bzw. lehnt ihn ab, wenn dies nicht der Fall ist (vgl. Art. 7b Abs. 3 E-BVV3).
- 13 Für die Steuerbehörden ist es wichtig, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge die erforderlichen Vorprüfungen vertieft durchführen. Dies erleichtert die nachträgliche Kontrolle der Steuerbehörde. Die Steuerbehörde prüft einerseits, ob die in der Steuererklärung geltend gemachten Säule 3a Beiträge den Bescheinigungen der Einrichtungen entsprechen. Andererseits prüft sie, welche ordentlichen Beiträge in den Jahren, für die Einkäufe getätigt wurden, steuerlich tatsächlich anerkannt wurden und ob die Einkaufsbeiträge der Differenz zu den steuerlich zulässigen Beiträgen entsprechen.

Art. 8 Abs. 2

- 14 Wichtig ist, dass die Vorsorgeeinrichtung für Einkäufe in die Säule 3a die aktuelle Bescheinigung ausstellt (Formular 21 EDP): Diese Bescheinigung muss neu die Angaben nach Art. 7b Abs. 1 Bst. a - c E-BVV3 enthalten, d.h. die Höhe des beantragten Einkaufs, die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen wird und deren Höhe sowie die Höhe des ordentlichen Beitrags für das Jahr, in dem der Einkauf in die Säule 3a getätigt wird.
- 15 Diese Bescheinigung alleine reicht nicht aus, um die Abzugsfähigkeit des getätigten 3a-Einkaufs zu überprüfen. Zwar ist sie eine wertvolle Informationsquelle, wenn sie von der gebundenen Selbstvorsorgeeinrichtung korrekt ausgefüllt wird. Trotzdem führt die Möglichkeit eines Einkaufs in die Säule 3a zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand für die kantonalen Steuerbehörden sowie zu zusätzlichen Aufwendungen für die IT. Die Steuerbehörden müssen mit diesem Entwurf umfangreichere Kontrollen durchführen als sie nach geltendem Recht durchzuführen haben.
- 16 Stellt die Steuerbehörde fest, dass zu hohe Einkäufe in die Säule 3a getätigt wurden, geht sie gleich vor, wie bei zu hohen ordentlichen Beiträgen: Sie erstellt eine Bescheinigung (oder einen Brief), in welcher der zurückzuerstattende Betrag genau angegeben wird. Diese Bescheinigung wird der steuerpflichtigen Person übergeben, welche bei der zuständigen Vorsorgeeinrichtung einen Rückerstattungsantrag zu stellen hat. Die Bescheinigung führt den zurückzuerstattenden Betrag pro Steuerjahr auf (SSK, Vorsorge und Steuern, Cosmos Verlag, Anwendungsfall B.2.3.10).
- 17 Zudem wird die Kontrolle bei einem Kantonswechsel kompliziert: Die Steuerbehörde des Zuzugskantons, welche die Einkäufe im Rahmen der Veranlagung prüft, kennt die Höhe der ordentlichen Beiträge nicht, welche im Wegzugskanton in den Jahren, für die Einkäufe getätigt werden, steuerlich zulässig waren.
- 18 Die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge müssen sorgfältig darauf bedacht sein, dass die Vorgaben von Artikel 7a E-BVV3 zur Berechnung des Einkaufspotenzials eingehalten werden. Primär müssen vom Steuerpflichtigen die entsprechenden Veranlagungen des Wegzugskantons einverlangt werden, um die notwendigen Prüfungen vorzunehmen. Gegebenenfalls kann die Steuerbehörde des Zuzugskantons gestützt auf Art. 111 DBG bzw. Art. 39 Abs. 2 StHG von der Steuerbehörde des Wegzugskantons Auskünfte über die Höhe der gewährten Säule 3a Abzüge verlangen. (Diese Artikel regeln die Zusammenarbeit zwischen den mit der Anwendung des DBG bzw. des kantonalen und kommunalen Rechts betrauten Steuerbehörden.)

Art. 8b Mitteilung der Vorsorgeangaben

- 19 Die Pflicht der übertragenden Einrichtung, bei einer Übertragung von Vorsorgekapital die relevanten Angaben über die in den vorangegangenen zehn Jahren ordentlichen und als Einkauf geleisteten Beiträge unter Angabe der damit ausgeglichenen Beitragslücke mitzuteilen, ist von besonderer Bedeutung: Dies ermöglicht es der übernehmenden Säule 3a Einrichtung, die geleisteten Einkaufsbeiträge auf ihre Gesetzeskonformität hin zu überprüfen.

Übergangsbestimmung

- 20 Schliesslich begrüssen wir die in der Übergangsbestimmung vorgesehene Begrenzung, wonach nur Beitragslücken geschlossen werden können, die nach dem Inkrafttreten der Änderung der BVV3 betreffend Einkäufe in die Säule 3a entstanden sind.
- 21 Mit dieser Bestimmung wird verhindert, dass Personen, die kurz vor dem Rentenalter stehen, im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen der BVV3 Einkäufe in die Säule 3a vornehmen und kurz darauf Kapitalbezüge tätigen, die privilegiert besteuert werden.

Sperrfrist

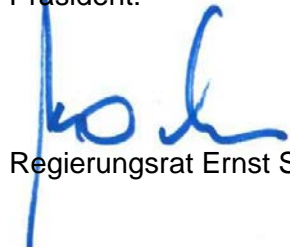
- 22 Wir stellen fest, dass der Entwurf zur Änderung der BVV3 betreffend Einkäufe in die Säule 3a keine Regel enthält, die jener von Art. 79b Abs. 3 BVG entspricht, wonach «Einkaufsbeiträge innerhalb von *drei Jahren nicht in Kapitalform ausbezahlt werden dürfen*».
- 23 Eine analoge Bestimmung erscheint nicht nötig und wird deshalb auch nicht verlangt. Dies, weil einerseits die überwiegende Mehrheit der Säule 3a Konten oder Policen die Auszahlung von Kapital und nicht von (Alters -) Renten vorsehen und andererseits der Maximalbetrag eines Einkaufs steuerlich nicht ins Gewicht fällt: Tatsächlich entspricht der maximale Einkaufsbeitrag dem „kleinen Säule 3a Abzug“ - obwohl Personen, die keiner zweiten Säule angehören höhere ordentliche Beiträge einzahlen können (vgl. Art. 7 Abs. 1 Bst. b BVV3).

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

KONFERENZ DER KANTONALEN FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN

Präsident:



Regierungsrat Ernst Stocker

Generalsekretär:



Dr. Peter Mischler

Kopie (per E-Mail)

- Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch
- Bunderätin Karin Keller-Sutter, Vorsteherin EFD
- Mitglieder FDK
- Mitglieder SSK

Madame la Conseillère fédérale
Elisabeth Baume-Schneider
Cheffe du DFI
Inselgasse 1
CH-3003 Berne

Berne, le 5 février 2024

Modification de l'ordonnance sur les déductions admises fiscalement pour les cotisations versées à des formes reconnues de prévoyance (OPP 3) en vue de l'instauration de rachats dans le pilier 3a. Prise de position sur le projet en consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Par lettre du 22 novembre 2023, le chef du DFI a ouvert la procédure de consultation mentionnée en marge. La Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances (CDF) s'est penchée sur le projet lors de son assemblée plénière du 2 février 2024 et prend position comme suit :

- 1 La CDF est sur le fond opposée à la mise en place d'une politique d'encouragement par le biais du droit fiscal. Dès lors, elle est également critique à l'égard de la modification prévue de l'ordonnance. Mais si la déduction doit être étendue, elle soutient des garde-fous étroits tels que ceux prévus dans le projet d'ordonnance.

1. Principes de base

- 2 Le traitement fiscal privilégié de la prévoyance individuelle est motivée par des raisons extra-fiscales. La législation en matière d'impôt sur le revenu doit servir à générer des recettes et n'a pas pour vocation d'être un instrument de pilotage pour une politique d'encouragement. La CDF ne remet cependant pas en question les possibilités de déductions existantes dans le pilier 3a. L'extension des possibilités de déductions est toutefois jugée de manière critique.
- 3 Le pilier 3a n'est en effet pas une assurance sociale obligatoire comme le 2ème pilier (pour la partie obligatoire en tout cas), mais une mesure de prévoyance individuelle purement facultative financée par des primes périodiques versées au bon vouloir du preneur de prévoyance. Il n'y a donc en principe pas, sur le plan technique, de lacune de prévoyance à combler à partir d'un âge d'affiliation obligatoire, comme c'est le cas dans le 2ème pilier (cf. art. 7 LPP). Ce mécanisme de rachat n'est d'ailleurs pas prévu dans la LAVS.

- 4 L'introduction de possibilités de rachat dans le pilier 3a ne permettrait vraisemblablement pas aux personnes disposant de revenus très bas d'améliorer leur prévoyance. En outre, la mesure entraînerait des conséquences financières notables, tant au niveau de la Confédération, que des cantons et des communes. Le rapport de consultation les chiffre entre 100 et 150 millions de francs au niveau fédéral et entre 200 et 450 millions au niveau cantonal et communal.
- 5 Enfin, nous renvoyons au surcroît considérable de charges administratives lié à une instauration de rachats dans le pilier 3a. Les autorités de taxation devraient procéder à des contrôles plus étendus.

2. Remarques sur les différentes dispositions, au cas de poursuite du projet

Art. 7a Déduction des cotisations versées à titre de rachat

- 6 Nous constatons avec satisfaction que le potentiel de rachat est limité aux lacunes existant pour ceux qui n'ont pas versé toutes les cotisations maximales admises au cours des dix années précédant le rachat (cf. art. 7al. 1 lit. a nOPP3).
- 7 En outre, il semble logique que le preneur de prévoyance devait avoir le droit de verser des cotisations au pilier 3a durant cette période : cela implique qu'il devait durant cette période exercer une activité lucrative salariée ou indépendante soumise à cotisations AVS (cf. art. 7 al. 1 nOPP3).
- 8 Finalement, il semble effectivement judicieux sur le plan fiscal de prévoir l'obligation de verser d'abord une cotisation ordinaire au pilier 3a avant de pouvoir effectuer un rachat, puisque cela permet d'éviter de créer une nouvelle lacune en ne cotisant pas de manière ordinaire l'année durant laquelle le rachat dans le cadre du pilier 3a est effectué.
- 9 Nous approuvons en outre le mode de calcul précis du potentiel de rachat selon lequel il convient de combler les différences entre la somme des cotisations annuelles maximales admises et la somme des cotisations annuelle effectivement versées au cours de dix années précédant le rachat ; ce dernier ne peut cependant pas dépasser le montant de la «petite» déduction au sens de l'art. 7 al. 1 lit. a OPP3 (cf. art. 7a al. 2 nOPP3). Cette limitation permet certes un «rattrapage» des cotisations non versées dans le cadre du pilier 3a mais permet de limiter une planification fiscale excessive en limitant le montant du rachat qui peut être effectué à hauteur de la «petite déduction».
- 10 Dans le même ordre d'idée, la limitation prévue à l'art. 7a al. 4 nOPP3, selon laquelle les rachats ne sont plus admis si le preneur de prévoyance perçoit une prestation de vieillesse, paraît judicieuse: en effet, cela permet d'éviter qu'un preneur de prévoyance ne perçoive la prestation de vieillesse (découlant du pilier 3a), ce qui est possible dès l'âge de 60 ans, et ne procède dans un délai bref à un nouveau rachat dans le cadre du pilier 3a. Cette limitation évite ainsi les abus potentiels auxquels les autorités fiscales sont confrontées dans le cadre de la prévoyance professionnelle (cas de réinvestissement d'une prestation en capital du 2ème pilier dans le délai d'un an dans une institution de prévoyance au sens de l'art. 24 lit. c LIFD et 7 al. 4 lit. e LHID).

Art. 7b Demande de rachat

- 11 De manière générale, nous prenons acte avec satisfaction de l'exigence d'une demande spécifique de rachat dans le cadre du pilier 3a contenant plusieurs indications : il s'agit de la confirmation par le preneur de prévoyance qu'il a versé la cotisation ordinaire avant d'effectuer le rachat pour l'année concernée, de l'indication des années pour lesquelles une lacune est comblée. Le preneur doit finalement confirmer ne pas avoir perçu de prestation de vieillesse dans le cadre du pilier 3a (cf. art. 7b al. 1 et al. 2 nOPP3). Cette demande devra prendre naturellement en compte les cotisations (ordinaires) au pilier 3a versées durant les dix

années précédant le rachat auprès d'institution(s) de prévoyance différente(s) de celle auprès de laquelle le rachat est effectué.

- 12 Nous estimons également nécessaire que les institutions de prévoyance individuelle liée soient tenues de vérifier les demandes de rachat et d'évaluer leur admissibilité sur la base des informations fournies. Si les conditions d'un rachat sont réunies, elles doivent les admettre et refuser le rachat dans le cas contraire (cf. art. 7b al. 3 nOPP3).
- 13 Il est important pour les autorités fiscales que les institutions de prévoyance individuelle liée effectuent de manière approfondie les contrôles préalables nécessaires, ce qui facilitera le contrôle ultérieur du rachat (pilier 3a) effectué par les autorités fiscales. Ces dernières contrôleront d'une part si les cotisations au pilier 3a revendiquées dans la déclaration d'impôt du preneur correspondent aux attestations. D'autre part, les autorités fiscales examineront si les cotisations des années pour lesquelles le rachat est effectué ont été effectivement admises en déduction sur le plan fiscal et si le montant du rachat correspond à la différence entre ce montant et les cotisations déductibles maximales.

Art. 8 Abs. 2

- 14 Il est effectivement important que l'institution de prévoyance délivre une attestation pour les rachats dans le pilier 3a, qui est l'attestation actuelle 21 EDP: cette attestation devra désormais contenir les informations visées à l'art. 7b al. 1 lit. a à c nOPP3, à savoir le montant du rachat demandé, les années pour lesquelles une lacune de cotisations doit être comblée et pour quel montant ainsi que le montant de la cotisation ordinaire versée pour l'année durant laquelle le rachat dans le cadre du pilier 3a sera effectué.
- 15 Cette attestation permettra aux autorités fiscales cantonales de vérifier la déductibilité du rachat 3a effectué. Il s'agit certes d'une source d'information précieuse et exhaustive, si elle est remplie correctement par l'institution de prévoyance individuelle liée, mais cela entraînera dans tous les cas une surcharge administrative importante pour les autorités fiscales cantonales ainsi que des coûts supplémentaires sur le plan de l'informatique. Ainsi, les autorités de taxation devront procéder à des contrôles notablement plus étendus que ceux qu'elles doivent effectuer sur la base du droit actuel.
- 16 Si l'autorité fiscale constate que les rachats dans le pilier 3a sont trop élevés en fonction des mécanismes décrits dans la présente modification de l'OPP3, elle procédera de la même manière que pour les cotisations ordinaires excédentaires: l'autorité fiscale établira une attestation remise au contribuable (preneur) qui devra demander le remboursement auprès de l'institution de prévoyance du pilier 3a concernée. L'attestation indiquera les montants à rembourser pour l'année concernée (Prévoyance et impôts, Conférence suisse des impôts, Ed. Cosmos, cas d'application B.2.3.10).
- 17 Le contrôle sera plus compliqué en cas de changement de canton: l'autorité fiscale du nouveau canton, compétente pour examiner la déduction du rachat, ne sera pas au courant des déductions effectivement admises dans le premier canton compétent avant le déménagement du preneur de prévoyance.
- 18 A cet égard, les institutions de prévoyance individuelle liée devront veiller soigneusement et avec sérieux au respect des nouvelles règles figurant à l'art. 7a nOPP3 relatives à la manière de calculer le potentiel de rachat. Les autorités fiscales demanderont en premier lieu au contribuable la production des décisions de taxation du canton de départ pour procéder à ces vérifications. Le cas échéant, l'autorité fiscale du canton d'arrivée pourra demander des renseignements relatifs au montant des déductions accordées dans le cadre du pilier 3a à l'autorité fiscale du canton de départ en vertu de l'art. 111 LIFD, resp. 39 al. 2 LHID, prévoyant la collaboration entre les autorités fiscales chargées d'appliquer la LIFD, resp. le droit cantonal et communal conformément à la LHID.

Art. 8b Communication des données relatives à la prévoyance

- 19 L'obligation faite, lors d'un transfert de capital, à l'institution transférante de communiquer les informations pertinentes relatives aux cotisations versées au cours de dix années précédentes et au(x) rachat(s) que le preneur de prévoyance a effectués au cours des dix années manquantes, en indiquant les lacunes de cotisations ainsi comblées est particulièrement importante: cela permet à l'institution de prévoyance individuelle liée reprenante de procéder correctement au contrôle des rachats effectués dans le cadre du pilier 3a.

Dispositions transitoires

- 20 Nous approuvons finalement la limitation prévue dans les dispositions transitoires selon laquelle seules les lacunes de cotisations apparues après l'entrée en vigueur de la modification de l'OPP3 relative au rachat dans le pilier 3a pourront être comblées.
- 21 Cette disposition permettra d'éviter que, au moment de l'entrée en vigueur de ces modifications de l'OPP3, des personnes proches de l'âge de la retraite ne se «dépêchent» de faire des rachats de lacunes passées dans le pilier 3a.

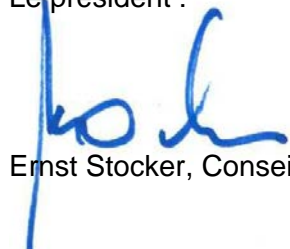
Délai de blocage

- 22 Nous constatons que le projet de modification de l'OPP3 relative au rachat dans le pilier 3a ne contient aucune règle, applicable par analogie, semblable à celle figurant à l'art. 79b al. 3 LPP selon lequel «*les prestations résultant d'un rachat ne peuvent être versées sous forme de capital par les institutions de prévoyance avant l'échéance d'un délai de trois ans*».
- 23 Nous estimons cependant qu'il n'est pas nécessaire de procéder à l'ajout d'une disposition semblable à l'art. 79b al. 3 LPP : d'une part, la grande majorité des comptes ou polices découlant du 3ème pilier A prévoient le versement de capitaux et non de rentes (de vieillesse) ; d'autre part, le montant maximum du rachat correspond à des montants qui ne sont pas vraiment matériels, sur le plan fiscal: en effet, le rachat maximum admis dans ce projet de modification de l'OPP3 correspond uniquement à la petite déduction, alors que les cotisations ordinaires pour les personnes non affiliées au 2ème pilier correspondent à des montants plus élevés (cf. art. 7 al. 1 lit. b OPP3).

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur ce projet, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.

CONFÉRENCE DES DIRECTRICES ET DES DIRECTEURS CANTONAUX DES FINANCES

Le président :



Ernst Stocker, Conseiller d'État

Le secrétaire général :



Peter Mischler

Kopie (per E-Mail)

- Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch
- Karin Keller-Sutter, Conseillère fédérale, cheffe du DFF
- Membres de la CDF
- Membres de la CSI

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für
Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

21. Februar 2024

Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) – Umsetzung der Mo. Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. November 2023 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) – Umsetzung der Mo. Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen, Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für diese Möglichkeit.

Der Vernehmlassungsentwurf beinhaltet "Leitplanken", welche die Einkaufsmöglichkeiten in die Säule 3a definieren und gleichzeitig den Umfang eines Einkaufs einschränken, was der Regierungsrat begrüsst.

Im Folgenden formuliert der Regierungsrat seine eher punktuellen Anmerkungen, die sich auf den Kommentar zu den einzelnen Artikeln im erläuternden Bericht zur Änderung der BVV3 betreffend die Einführung von Einkäufen in die Säule 3a beziehen.

Zu Art. 7a – Abzugsberechtigung für als Einkauf geleistete Beiträge

Der Regierungsrat begrüsst, dass nur Personen zum Einkauf berechtigt sind, die in den letzten zehn Jahren vor dem Einkauf nicht alle maximal zulässigen Beiträge einbezahlt haben (vgl. Art. 7 Abs. 1 Bst. a E-BVV3).

Die Pflicht, vor dem Einkauf zuerst einen ordentlichen Beitrag in die Säule 3a einzuzahlen, erscheint insbesondere aus steuerlicher Sicht sinnvoll. Dadurch wird eine neue Lücke vermieden, weil im Jahr des Einkaufs in die Säule 3a keine ordentlichen Beiträge getätigt werden.

Das Einkaufspotenzial entspricht der Differenz zwischen der Summe der maximal zulässigen und der tatsächlich einbezahlten Beiträge der letzten zehn Jahre vor dem Einkauf. Der Einkauf darf jedoch den Betrag des "kleinen" Abzugs nach Art. 7 Abs. 1 Bst. a BVV3 nicht übersteigen (vgl. Art. 7a Abs. 2 E-BVV3). Diese Beschränkung erlaubt das "Nachholen" von nicht einbezahlten Beiträgen in die Säule 3a, begrenzt aber die Steuerplanung, indem der Einkaufsbetrag auf die Höhe des "kleinen Abzugs" begrenzt wird. Der Regierungsrat begrüsst diese Regelung.

Sinnvoll erscheint auch die in Art. 7a Abs. 4 E-BVV3 vorgesehene Beschränkung, wonach Einkäufe nicht mehr zulässig sind, wenn der Vorsorgenehmer eine Altersleistung bezieht: Damit wird verhindert, dass eine Vorsorgenehmerin oder ein Vorsorgenehmer die Altersleistung aus der Säule 3a bezieht, was ab dem 60. Lebensjahr möglich ist, und kurz danach einen Einkauf in die Säule 3a tätigt.

Einem möglichen steuerlichen Missbrauch – wie er in der Praxis vorkommt – wird damit vorgebeugt (Wiedereinbringung von Vorsorgeguthaben innerhalb Jahresfrist im Sinne von Art. 24 Bst. c Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer [DBG] und Art. 7 Abs. 4 Bst. e Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden [Steuerharmonisierungsgesetz, StHG]).

Zu Art. 7b – Gesuch um Annahme von als Einkauf geleisteten Beiträgen

Der Regierungsrat nimmt zur Kenntnis, dass die Vorsorgenehmerin oder der Vorsorgenehmer den Einkauf bei der Säule 3a Einrichtung mittels schriftlichem Gesuch, welches spezifische Angaben enthalten muss, beantragen muss: Bevor der Einkauf getätigt wird, muss bestätigt werden, dass im Einkaufsjahr der volle ordentliche Beitrag für das betreffende Jahr entrichtet wurde; für die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen werden soll, noch kein Einkauf vorgenommen wurde und noch keine Altersleistung der Säule 3a bezogen wurde (vgl. Art. 7b Abs. 1 und Abs. 2 E-BVV3). Das Gesuch muss sodann auch die ordentlichen Säule 3a Beiträge der letzten zehn Jahre vor dem Einkauf beinhalten, die in andere Vorsorgeeinrichtungen eingezahlt wurden als der Einkauf.

Der Regierungsrat erachtet es als unabdingbar, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge verpflichtet werden, die Gesuche zu prüfen und die Zulässigkeit eines Einkaufs aufgrund der erhaltenen Informationen zu beurteilen.

Für die Steuerbehörden ist es wichtig, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge die erforderlichen Vorprüfungen vertieft durchführen. Dies erleichtert die nachträgliche Kontrolle der Steuerbehörde. Die Steuerbehörde prüft einerseits, ob die in der Steuererklärung geltend gemachten Säule 3a Beiträge den Bescheinigungen der Einrichtungen entsprechen. Andererseits prüft sie, welche ordentlichen Beiträge in den Jahren, für die Einkäufe getätigt wurden, steuerlich tatsächlich anerkannt wurden und ob die Einkaufsbeiträge der Differenz zu den steuerlich zulässigen Beiträgen entsprechen.

Zu Art. 8a Abs. 2 – Festhalten und Aufbewahrung von Vorsorgeangaben

Wichtig ist, dass die Vorsorgeeinrichtung für Einkäufe in die Säule 3a die aktuelle Bescheinigung ausstellt (Formular 21 EDP): Diese Bescheinigung muss neu die Angaben nach Art. 7b Abs. 1 Bst. a–c E-BVV3 enthalten, das heisst die Höhe des beantragten Einkaufs, die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen wird und deren Höhe sowie die Höhe des ordentlichen Beitrags für das Jahr, in dem der Einkauf in die Säule 3a getätigt wird.

Diese Bescheinigung alleine reicht nicht aus, um die Abzugsfähigkeit des getätigten 3a-Einkaufs zu überprüfen. Zwar ist sie eine wertvolle Informationsquelle, wenn sie von der gebundenen Selbstvorsorgeeinrichtung korrekt ausgefüllt wird. Trotzdem führt die Möglichkeit eines Einkaufs in die Säule 3a zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand für die kantonalen Steuerbehörden sowie zu zusätzlichen Aufwendungen für die Informatik des Kantons. Die Steuerbehörden müssen mit diesem Entwurf umfangreichere Kontrollen durchführen, als sie nach geltendem Recht durchzuführen haben.

Die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge müssen sorgfältig darauf bedacht sein, dass bei Kantonswechseln die Vorgaben von Art. 7a E-BVV3 zur Berechnung des Einkaufspotenzials eingehalten werden. Primär müssen von der steuerpflichtigen Person die entsprechenden Veranlagungen des Wegzugskantons einverlangt werden, um die notwendigen Prüfungen vorzunehmen. Gegebenenfalls kann die Steuerbehörde des Zuzugskantons gestützt auf Art. 111 DBG beziehungsweise Art. 39 Abs. 2 StHG von der Steuerbehörde des Wegzugskantons Auskünfte über die Höhe der gewährten Säule 3a Abzüge verlangen.

Zu Art. 8b Mitteilung der Vorsorgeangaben

Die Bestimmungen in Art. 8b erachtet der Regierungsrat als besonders bedeutungsvoll, da sie es der übernehmenden Säule 3a Einrichtung ermöglichen, die geleisteten Einkaufsbeiträge auf ihre Gesetzeskonformität hin zu überprüfen.

Zur Übergangsbestimmung

Der Regierungsrat begrüsst die in der Übergangsbestimmung vorgesehene Begrenzung, wonach nur Beitragslücken geschlossen werden können, die nach dem Inkrafttreten der Änderung der BVV3 betreffend Einkäufe in die Säule 3a entstanden sind.

Mit dieser Bestimmung wird verhindert, dass Personen, die kurz vor dem Rentenalter stehen, im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen der BVV3 Einkäufe in die Säule 3a vornehmen und kurz darauf Kapitalbezüge tätigen, die privilegiert besteuert werden.

Zur Sperrfrist

Der Regierungsrat stellt fest, dass der Entwurf zur Änderung der BVV3 betreffend Einkäufe in die Säule 3a keine Regel enthält, die jener von Art. 79b Abs. 3 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) entspricht, wonach "Einkaufsbeiträge innerhalb von drei Jahren nicht in Kapitalform ausbezahlt werden dürfen".

Eine analoge Bestimmung erscheint nicht nötig und wird deshalb auch nicht verlangt. Dies, weil einerseits die überwiegende Mehrheit der Säule 3a Konten oder Policen die Auszahlung von Kapital und nicht von (Alters-) Renten vorsieht und andererseits der Maximalbetrag eines Einkaufs steuerlich nicht ins Gewicht fällt: Tatsächlich entspricht der maximale Einkaufsbeitrag dem „kleinen Säule 3a Abzug“ – obwohl Personen, die keiner zweiten Säule angehören höhere ordentliche Beiträge einzahlen können (vgl. Art. 7 Abs. 1 Bst. b BVV3).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Markus Dieth
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

- sekretariat.abel@bsv.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
sekretariat.abel@bsv.admin.ch

Appenzell, 7. März 2024

Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) - Umsetzung der Motion Etlin 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. November 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) - Umsetzung der Motion Etlin 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen, zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Die Standeskommission begrüsst es, dass nur Personen ein Einkaufspotenzial haben, die in den letzten zehn Jahren vor dem Einkauf nicht alle maximal zulässigen Beiträge einbezahlt haben. Folgerichtig muss die Vorsorgenehmerin oder der Vorsorgenehmer während dieser Zeit berechtigt gewesen sein, Beiträge an die Säule 3a zu leisten.

Sinnvoll erscheint auch die in Art. 7a Abs. 4 E-BVV3 vorgesehene Beschränkung, wonach Einkäufe nicht mehr zulässig sind, wenn die Vorsorgenehmerin oder der Vorsorgenehmer eine Altersleistung bezieht. Damit wird verhindert, dass eine Vorsorgenehmerin oder ein Vorsorgenehmer die Altersleistung aus der Säule 3a bezieht, und kurz danach einen Einkauf in die Säule 3a tätigt.


Die Standeskommission nimmt ebenfalls zur Kenntnis, dass der Vorsorgeeinrichtung der Einkauf in die Säule 3a mit schriftlichem Gesuch, welches spezifische Angaben enthalten muss, zu beantragen ist. In diesem Zusammenhang erachtet es die Standeskommission als unabdingbar, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge verpflichtet werden, die Gesuche zu prüfen und die Zulässigkeit eines Einkaufs aufgrund der erhaltenen Informationen zu beurteilen. Sind die Voraussetzungen für einen Einkauf erfüllt, lässt sie diesen zu und lehnt ihn andernfalls ab.

Die in der Übergangsbestimmung vorgesehene Begrenzung, wonach nur Beitragslücken geschlossen werden können, die nach dem Inkrafttreten der Änderung der BVV3 betreffend Einkäufe in die Säule 3a entstanden sind, begrüsst die Standeskommission ausdrücklich.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössische Departement des Innern EDI
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 22. Februar 2024

**Eidg. Vernehmlassung; Umsetzung der Mo. 19.3702 "Einkauf in die Säule 3a ermöglichen";
Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. November 2023 lädt das Eidgenössische Departement des Innern EDI die Kantonsregierungen ein, sich zur Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) – Umsetzung der Mo. Ettl. 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen, vernehmen zu lassen. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 6. März 2024.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er steht einer ausserfiskalischen Förderung über das Steuerrecht kritisch gegenüber und lehnt die Einführung eines nachträglichen Einkaufs in die Säule 3a grundsätzlich ab. Sollte ein solcher Abzug eingeführt werden, sind dafür enge Leitplanken zu setzen. Dies nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, dass aufgrund der Vorgaben eher finanziell gut gestellte und ältere Personen im Erwerbsleben und weniger die breite Bevölkerung von einer solchen Möglichkeit profitieren kann. Im Weiteren wird die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren vollumfänglich unterstützt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Departement des Innern

Per E-Mail an:
Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

RRB Nr.: 170/2024

28. Februar 2024

Direktion: Direktion für Inneres und Justiz

Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3) zur Einführung von Einkäufen in die Säule 3a
Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur oben erwähnten Gesetzesänderung Stellung nehmen zu können. Er hat dazu folgende Bemerkungen.

1. Grundsätzliche Positionierung

Der Kanton Bern ist grundsätzlich dagegen, über das Steuerrecht Förderpolitik zu betreiben. In diesem Sinne sieht er auch die vorgesehene Verordnungsänderung kritisch. Wenn aber der Abzug erweitert werden soll, dann unterstützt er enge Leitplanken wie im Verordnungsentwurf vorgesehen.

2. Begründung

Das steuerlich privilegierte Alterssparen ist ein ausserfiskalisch motivierter Abzug. Das Einkommenssteuerrecht soll der Generierung von Einnahmen dienen und kein Lenkungsinstrument für Förderpolitik sein.

Die Säule 3a ist – anders als die Säule 2a - nicht Teil der (obligatorischen) Sozialversicherungen. Vielmehr handelt es sich um eine *freiwillige individuelle Vorsorge*, finanziert durch periodische Beiträge, die nach Gutdünken des Vorsorgenehmers bezahlt werden. Es besteht somit keine versicherungstechnische Lücke, die – wie in der 2. Säule – zu schliessen wäre, sobald das obligatorische Anschlussalter erreicht wird (vgl. Art. 7 BVG). Auch sind solche Einkäufe im AHVG nicht vorgesehen.

Die Einführung von Einkaufsmöglichkeiten in die Säule 3a würde einseitig Personen mit höheren Einkommen privilegieren, für die überwiegende Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung jedoch zu keiner Verbesserung der Vorsorge beitragen. Darüber hinaus hätte die vorgeschlagene Massnahme nennenswerte finanzielle Auswirkungen sowohl auf Bundes- als auch auf Kantons- und Gemeindeebene zur Folge. Der Vernehmlassungsbericht beziffert sie auf rund CHF 100 bis 150 Mio. auf Bundesebene und auf 200 bis 450 Mio. auf Kantons- und Gemeindeebene.

3. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

3.1 Art. 7a – Abzugsberechtigung für als Einkauf geleistete Beiträge

Der Regierungsrat begrüsst, dass nur Personen ein Einkaufspotenzial haben, die in den letzten zehn Jahren vor dem Einkauf nicht alle maximal zulässigen Beiträge einbezahlt haben (vgl. Art. 7a Abs. 1 Bst. a E-BVV3).

Folgerichtig muss der Vorsorgenehmer bzw. die Vorsorgenehmerin während dieser Zeit berechtigt gewesen sein, Beiträge an die Säule 3a zu leisten. Dies bedeutet, dass er bzw. sie während dieser Zeit eine AHV-beitragspflichtige unselbständige oder selbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt hat (vgl. Art. 7 Abs. 1 E-BVV3).

Die Pflicht, vor dem Einkauf zuerst einen ordentlichen Beitrag in die Säule 3a einzuzahlen, erscheint insbesondere aus steuerlicher Sicht sinnvoll. Dadurch wird eine neue Lücke vermieden.

Das Einkaufspotenzial entspricht der Differenz zwischen der Summe der maximal zulässigen und der tatsächlich einbezahlten Beiträge der letzten zehn Jahre vor dem Einkauf. Der Einkauf darf jedoch den Betrag des «kleinen» Abzugs nach Art. 7 Abs. 1 Bst. a BVV3 nicht übersteigen (vgl. Art. 7a Abs. 2 E-BVV3). Diese Beschränkung erlaubt das „Nachholen“ von nicht einbezahlten Beiträgen in die Säule 3a, begrenzt aber die Steuerplanung, indem der Einkaufsbetrag auf die Höhe des «kleinen Abzugs» begrenzt wird.

Sinnvoll erscheint auch die in Art. 7a Abs. 4 E-BVV3 vorgesehene Beschränkung, wonach Einkäufe nicht mehr zulässig sind, wenn der Vorsorgenehmer eine Altersleistung bezieht: Damit wird verhindert, dass ein Vorsorgenehmer die Altersleistung aus der Säule 3a bezieht (was ab dem 60. Lebensjahr möglich ist) und kurz danach einen Einkauf in die Säule 3a tätigt. Einem möglichen steuerlichen Missbrauch – wie er in der Praxis vorkommt – wird damit vorgebeugt (Wiedereinbringung von Vorsorgeguthaben innerhalb Jahresfrist i.S.v. Art. 24 Bst. c DBG und Art. 7 Abs. 4 Bst. e StHG).

3.2 Art. 7b – Gesuch um Annahme von als Einkauf geleisteten Beiträgen

Der Regierungsrat nimmt zur Kenntnis, dass der Vorsorgenehmer bzw. die Vorsorgenehmerin den Einkauf bei der Säule 3a-Einrichtung mittels schriftlichem Gesuch, welches spezifische Angaben enthalten muss, beantragen muss (vgl. Art. 7b Abs. 1 und Abs. 2 E-BVV3). Das Gesuch muss sodann auch die ordentlichen Säule 3a-Beiträge der letzten 10 Jahre vor dem Einkauf beinhalten, die in andere Vorsorgeeinrichtungen eingezahlt wurden als der Einkauf.

Er erachtet es als unabdingbar, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge verpflichtet werden, die Gesuche zu prüfen und die Zulässigkeit eines Einkaufs aufgrund der erhaltenen Informationen zu beurteilen. Sind die Voraussetzungen für einen Einkauf erfüllt, lässt die

Säule 3a-Einrichtung diesen zu bzw. lehnt ihn ab, wenn dies nicht der Fall ist (vgl. Art. 7b Abs. 3 E-BVV3).

Für die Steuerbehörden ist es wichtig, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge die erforderlichen Vorprüfungen vertieft durchführen. Dies erleichtert die nachträgliche Kontrolle der Steuerbehörde. Die Steuerbehörde prüft einerseits, ob die in der Steuererklärung geltend gemachten Säule 3a-Beiträge den Bescheinigungen der Einrichtungen entsprechen. Andererseits prüft sie, welche ordentlichen Beiträge in den Jahren, für die Einkäufe getätigt wurden, steuerlich tatsächlich anerkannt wurden und ob die Einkaufsbeiträge der Differenz zu den steuerlich zulässigen Beiträgen entsprechen.

3.3 Art. 8 Abs. 2 – Bescheinigungspflichten

Wichtig ist, dass die Vorsorgeeinrichtung für Einkäufe in die Säule 3a die aktuelle Bescheinigung ausstellt (Formular 21 EDP): Diese Bescheinigung muss neu die Angaben nach Art. 7b Abs. 1 Bst. a – c E-BVV3 enthalten, d.h. die Höhe des beantragten Einkaufs, die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen wird und deren Höhe sowie die Höhe des ordentlichen Beitrags für das Jahr, in dem der Einkauf in die Säule 3a getätigt wird.

Diese Bescheinigung alleine reicht nicht aus, um die Abzugsfähigkeit des getätigten 3a-Einkaufs zu überprüfen. Zwar ist sie eine wertvolle Informationsquelle, wenn sie von der gebundenen Selbstvorsorgeeinrichtung korrekt ausgefüllt wird. Trotzdem führt die Möglichkeit eines Einkaufs in die Säule 3a zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand für die kantonalen Steuerbehörden sowie zu zusätzlichen Aufwendungen für die IT. Die Steuerbehörden müssen mit diesem Entwurf umfangreichere Kontrollen durchführen, als sie nach geltendem Recht durchzuführen haben.

Stellt die Steuerbehörde fest, dass zu hohe Einkäufe in die Säule 3a getätigt wurden, geht sie gleich vor, wie bei zu hohen ordentlichen Beiträgen: Sie erstellt eine Bescheinigung (oder einen Brief), in welcher der zurückzuerstattende Betrag genau angegeben wird. Diese Bescheinigung wird der steuerpflichtigen Person übergeben, welche bei der zuständigen Vorsorgeeinrichtung einen Rückerstattungsantrag zu stellen hat. Die Bescheinigung führt den zurückzuerstattenden Betrag pro Steuerjahr auf (SSK, Vorsorge und Steuern, Cosmos Verlag, Anwendungsfall B.2.3.10).

Die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge müssen sorgfältig darauf bedacht sein, dass die Vorgaben von Artikel 7a E-BVV3 zur Berechnung des Einkaufspotenzials eingehalten werden. Primär müssen vom Steuerpflichtigen die entsprechenden Veranlagungen des Wegzugskantons einverlangt werden, um die notwendigen Prüfungen vorzunehmen. Gegebenenfalls kann die Steuerbehörde des Zuzugskantons gestützt auf Artikel 111 DBG bzw. Artikel 39 Absatz 2 StHG von der Steuerbehörde des Wegzugskantons Auskünfte über die Höhe der gewährten Säule 3a Abzüge verlangen. Diese Artikel regeln die Zusammenarbeit zwischen den mit der Anwendung des DBG bzw. des kantonalen und kommunalen Rechts betrauten Steuerbehörden.

3.4 Art. 8b – Mitteilung der Vorsorgeangaben

Die Pflicht der übertragenden Einrichtung, bei einer Übertragung von Vorsorgekapital die relevanten Angaben über die in den vorangegangenen zehn Jahren ordentlichen und als Einkauf geleisteten Beiträge unter Angabe der damit ausgeglichenen Beitragslücke mitzuteilen, ist von

besonderer Bedeutung: Dies ermöglicht es der übernehmenden Säule 3a-Einrichtung, die geleisteten Einkaufsbeiträge auf ihre Gesetzeskonformität hin zu überprüfen.

3.5 Übergangsbestimmung

Schliesslich begrüsst der Regierungsrat die in der Übergangsbestimmung vorgesehene Begrenzung, wonach nur Beitragslücken geschlossen werden können, die nach dem Inkrafttreten der Änderung der BVV3 betreffend Einkäufe in die Säule 3a entstanden sind.

Mit dieser Bestimmung wird verhindert, dass Personen, die kurz vor dem Rentenalter stehen, im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen der BVV3 Einkäufe in die Säule 3a vornehmen und kurz darauf Kapitalbezüge tätigen, die privilegiert besteuert werden.

3.6 Sperrfrist

Der Regierungsrat stellt fest, dass der Entwurf zur Änderung der BVV3 betreffend Einkäufe in die Säule 3a keine Regel enthält, die jener von Art. 79b Abs. 3 BVG entspricht, wonach «Einkaufsbeiträge innerhalb von drei Jahren nicht in Kapitalform ausbezahlt werden dürfen».

Eine analoge Bestimmung erscheint indes nicht nötig und wird deshalb auch nicht verlangt. Dies, weil einerseits die überwiegende Mehrheit der Säule 3a-Konten oder -Policen die Auszahlung von Kapital und nicht von (Alters-)Renten vorsehen und andererseits der Maximalbetrag eines Einkaufs steuerlich nicht ins Gewicht fällt: Tatsächlich entspricht der maximale Einkaufsbeitrag dem „kleinen Säule 3a-Abzug“ - obwohl Personen, die keiner zweiten Säule angehören, höhere ordentliche Beiträge einzahlen können (vgl. Art. 7 Abs. 1 Bst. b BVV3).

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Philippe Müller
Regierungspräsident



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Direktion für Inneres und Justiz
- Finanzdirektion
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Staatskanzlei

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider
Generalsekretariat
Inselgasse 1
CH-3003 Bern

Per Mail an: Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Liestal, 30. Januar 2024

Änderung der Verordnung über die Abzugsfähigkeit für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) zur Umsetzung der Motion 19.3702 von SR Ettlín «Einkauf in die Säule 3a ermöglichen»; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf die Einladung des EDI vom 22. November 2023 zur Vernehmlassung. Einleitend bedanken wir uns bereits an dieser Stelle für die Gelegenheit, zur vorgeschlagenen Änderung der BVV3 betreffend Einführung von Einkäufen in die Säule 3a Stellung nehmen zu können.

1. Grundsätzliche Stellungnahme

Zur Umsetzung der Motion 19.3702 von SR Ettlín «Einkauf in die Säule 3a ermöglichen» soll die Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3) angepasst werden. Mit den vorgeschlagenen Änderungen sollen Arbeitnehmende und Selbständigerwerbende, die in der Schweiz ein AHV-pflichtiges Einkommen erwirtschaften, in Zukunft Beitragslücken in ihrer Säule 3a durch Einkäufe ausgleichen können.

Der Vernehmlassungsentwurf beinhaltet gewisse «Leitplanken», welche einerseits die Einkaufsmöglichkeiten in die Säule 3a definieren. Andererseits wird der Umfang eines Einkaufs eingeschränkt, was Sinn macht.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft steht dem Anliegen jedoch kritisch bis ablehnend gegenüber, und zwar aus nachfolgend aufgeführten Gründen:

- Das steuerlich privilegierte individuelle Alterssparen ist ein ausserfiskalisch motivierter Abzug. Die Erhebung der Einkommenssteuer sollte aber grundsätzlich nur der Generierung von Einnahmen dienen und daher ganz allgemein kein Lenkungsinstrument für Förderpolitik sein.
- Mit der Einkaufsmöglichkeit in die Säule 3a wird ein weiterer Abzug geschaffen, der das Steuersystem noch wesentlich komplizierter und administrativ aufwändiger macht. Der Kanton Basel-Landschaft bemüht sich durchwegs um eine generelle Vereinfachung des Steuersystems. Dieser Grundsatz ist auf kantonaler Verfassungsebene in § 133a KV-BL verankert worden. Dessen

Umsetzung wird aber zunehmend erschwert durch bundesrechtliche Vorgaben, wie sie hier zur Diskussion stehen.

- Mit einer Erweiterung der Abzugsmöglichkeit sind kaum abschätzbare Steuerausfälle verbunden – ohne direkte Kompensationsmöglichkeit. Dem Vernehmlassungsbericht zufolge könnten diese Ausfälle rund 100 bis 150 Mio. Franken auf Bundesebene und 200 bis 450 Mio. Franken auf Kantons- und Gemeindeebene betragen.
- Darüber hinaus dürfte der Nutzen der Verordnungsänderung nur einem relativ kleinen Teil der Bevölkerung zu Gute kommen: Diejenigen einkommensstarken Personen, welche sich im aktuellen Kostenumfeld ordentliche Beiträge leisten können, sind nicht wirklich auf eine zusätzliche Lückenfüllung in der Säule 3a angewiesen. Der andere Teil der erwerbstätigen Personen wird sich wohl auch solche zusätzlichen Beiträge nicht leisten können.
- Ferner sind die Einkaufsmöglichkeiten – im Gegensatz zur 2. Säule – derart eingeschränkt, dass beispielsweise berufliche Wiedereinsteigerinnen nicht von solchen Beitragslücken profitieren können: diese müssten in der Vergangenheit ja bereits erwerbstätig und damit anspruchsberechtigt gewesen sein, sonst sind sie davon ausgeschlossen.

Aus all diesen Gründen und Bedenken spricht sich der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft gegen die vorgeschlagene Änderung der Verordnung (BVV3) aus.

Sollte die vorgeschlagene Verordnungsänderung trotzdem eine Zustimmung erfahren, so behandeln die nachfolgenden Ausführungen im Detailkommentar punktuelle Anmerkungen, die sich auf den Kommentar zu den einzelnen Artikeln im erläuternden Bericht zur Änderung der BVV3 beziehen.

2. Detailkommentar

– Abzugsberechtigung für als Einkauf geleistete Beiträge (Art. 7a)

Gemäss dem Änderungsentwurf haben nur Personen ein Einkaufspotenzial, die in den letzten zehn Jahren vor dem Einkauf nicht alle maximal zulässigen Beiträge einbezahlt haben (vgl. Art. 7 Abs. 1 Bst. a E-BVV3). Deshalb muss der Vorsorgenehmer bzw. die Vorsorgenehmerin während dieser Zeit berechtigt gewesen sein, überhaupt Beiträge an die Säule 3a zu leisten. Dies bedeutet, dass er bzw. sie während dieser Zeit eine AHV-beitragspflichtige unselbständige oder selbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt hat (vgl. Art. 7 Abs. 1 E-BVV3), was nachzuweisen ist.

Die Pflicht, vor dem Einkauf zuerst einen «ordentlichen» Beitrag in die Säule 3a einzuzahlen, erscheint in dieser Hinsicht sinnvoll. Sinnvoll ist auch die in Art. 7a Abs. 4 E-BVV3 vorgesehene Beschränkung, wonach Einkäufe nicht mehr zulässig sind, wenn bereits eine Altersleistung bezogen wird. Damit wird verhindert, dass eine Person die Altersleistung aus der Säule 3a bezieht (was ab dem 60. Lebensjahr möglich ist,) und kurz danach einen Einkauf in die Säule 3a tätigt. Auf diese Weise kann einem möglichen steuerlichen Missbrauch vorgebeugt werden.

– Gesuch um Annahme von als Einkauf geleisteten Beiträgen (Art. 7b)

Wir erachten es als unabdingbar, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge verpflichtet werden, die Gesuche zu prüfen und die Zulässigkeit eines Einkaufs aufgrund der erhaltenen Informationen zu beurteilen. Sind die Voraussetzungen für einen Einkauf erfüllt, lässt die Säule 3a Einrichtung diesen zu bzw. lehnt ihn ab, wenn dies nicht der Fall ist (vgl. Art. 7b Abs. 3 E-BVV3). Für die Steuerbehörden ist es wichtig, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge die erforderlichen Vorprüfungen vertieft durchführen. Dies erleichtert die nachträgliche Kontrolle der Steuerbehörde wesentlich.

In der Realität wird es hingegen schwierig sein, eine Koordination bzw. gesamthafte Prüfung vorzunehmen, wenn verschiedene Säule 3a-Konti bestehen, was zur Vermeidung einer Steuerprogression bei der Auszahlung ja oftmals propagiert wird.

– Bescheinigungen (Art. 8 Abs. 2)

Wichtig ist, dass die Vorsorgeeinrichtung für Einkäufe in die Säule 3a eine aktuelle Bescheinigung ausstellt (Formular 21 EDP). Diese Bescheinigung muss neu die Angaben nach Art. 7b Abs. 1 Bst. a - c E-BVV3 enthalten, d. h. die Höhe des beantragten Einkaufs, die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen wird, sowie die Höhe des ordentlichen Beitrags für das Jahr, in dem der Einkauf in die Säule 3a getätigt wird.

Diese Bescheinigungen sind eine wertvolle Informationsquelle, wenn sie von der gebundenen Selbstvorsorgeeinrichtung korrekt ausgefüllt werden. Trotzdem führt die Möglichkeit eines Einkaufs in die Säule 3a zu einem administrativen Mehraufwand für die Steuerbehörden sowie zu zusätzlichen Aufwendungen für die IT. Die Steuerbehörden müssten mit dieser Verordnungsänderung wesentlich umfangreichere Kontrollen durchführen, als sie nach geltendem Recht bisher vornehmen mussten.

Zudem ist die Kontrolle insbesondere bei einem Kantonswechsel erschwert: Die Steuerbehörde des Zuzugskantons, welche die Einkäufe im Rahmen der Veranlagung prüft, kennt die Höhe der ordentlichen Beiträge nicht, welche im Wegzugskanton in den bisher vergangenen Jahren steuerlich zulässig waren. Die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge müssen deshalb sorgfältig darauf bedacht sein, dass die Vorgaben von Art. 7a E-BVV3 zur Berechnung des Einkaufspotenzials eingehalten werden.

– Mitteilung der Vorsorgeangaben (Art. 8b)

Die Pflicht der übertragenden Einrichtung, bei einer Übertragung von Vorsorgekapital die relevanten Angaben über die in den vorangegangenen zehn Jahren ordentlich und als Einkauf geleisteten Beiträge unter Angabe der damit ausgeglichenen Beitragslücke mitzuteilen, ist von besonderer Bedeutung. Dies ermöglicht es der übernehmenden Säule 3a Einrichtung, die geleisteten Einkaufsbeiträge auf ihre Gesetzeskonformität hin zu überprüfen.

– Übergangsbestimmung

Schliesslich ist die in der Übergangsbestimmung vorgesehene Begrenzung sachgerecht, wonach nur Beitragslücken geschlossen werden können, die nach dem Inkrafttreten der Änderung der BVV3 betreffend Einkäufe in die Säule 3a entstanden sind. Mit dieser Bestimmung wird verhindert,

dass Personen, die kurz vor dem Rentenalter stehen, im Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorgeschlagenen Änderung der BVV3 Einkäufe in die Säule 3a vornehmen – und kurz darauf Kapitalbezüge tätigen, die privilegiert besteuert werden.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und den damit verbundenen Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Basel, 27. Februar 2024

Regierungsratsbeschluss vom 27. Februar 2024

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) – Umsetzung der Mo. Ettlín 19.3702, Einkäufe in die Säule 3a ermöglichen: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. November 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Anträge und Bemerkungen zukommen.

Der Regierungsrat lehnt die Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) ab. So zeigt die aktuellste Steuerstatistik (aus dem Jahr 2019), dass bereits unter der geltenden Regelung nur rund 10 Prozent der Steuerpflichtigen den Maximalbeitrag in die Säule 3a einzahlen. Einen darüberhinausgehenden Einkauf in die Säule 3a könnten sich dementsprechend nur wenige Personen leisten. Von der vorgeschlagenen Verordnungsänderung würden somit nur wenige Personen, welche sich in einer privilegierten finanziellen Lage befinden, profitieren. Für die überwiegende Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung würde die Änderung jedoch zu keiner Verbesserung der Vorsorge führen.

Diesem beschränkten Beitrag an die Stärkung der Altersvorsorge stehen finanzielle Mindereinnahmen und ein erheblicher administrativer Aufwand gegenüber. Dem Vernehmlassungsbericht ist zu entnehmen, dass die Steuermindereinnahmen bei der direkten Bundessteuer rund 100 bis 150 Mio. Franken betragen würden. Davon würden die Kantone aufgrund ihres Anteils an der direkten Bundessteuer 21,2% und der Bund 78,8% tragen. Die Steuermindereinnahmen bei den Einkommenssteuern der Kantone und Gemeinden würden sich auf rund 200 bis 450 Mio. Franken belaufen.

Obwohl im Verordnungsentwurf vorgesehen ist, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge eine Vorprüfung der Gesuche für einen Einkauf in die Säule 3a vornehmen, entstehen für die kantonale Steuerverwaltung erhebliche Vollzugsaufwände, da umfangreichere Kontrollen als unter dem geltenden Recht durchgeführt werden müssten.

Sollte das Vorhaben weiterverfolgt und der Abzug für Beiträge an die Säule 3a erweitert werden, begrüsst der Regierungsrat die enge Ausgestaltung wie sie im Verordnungsentwurf vorgesehen

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

ist. Für weitere Bemerkungen verweist er auf die Stellungnahme der Finanzdirektorenkonferenz vom 5. Februar 2024.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne das Generalsekretariat des Finanzdepartements, Frau Flurina Mark, flurina.mark@bs.ch, Tel. 061 267 96 82, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Lukas Engelberger
Vizepräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Madame la Conseillère fédérale
Elisabeth Baume-Schneider
Cheffe du Département de l'intérieur
Inselgasse 1
3003 Berne

Courriel : sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Fribourg, le 5 mars 2024

2024-140

Modification de l'ordonnance sur les déductions admises fiscalement pour les cotisations versées à des formes reconnues de prévoyance (OPP 3) – Mise en œuvre de la motion Ettlín 19.3702 « Permettre les rachats dans le pilier 3a » : procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation mentionnée en titre et avons l'avantage de vous communiquer notre prise de position.

Par la présente, nous vous informons que nous rejetons le projet mis en consultation, bien que le projet de mise en œuvre de la motion Ettlín s'inscrive dans la perspective de renforcer la prévoyance des preneurs d'assurance qui n'auraient pu procéder aux cotisations maximales au pilier 3a.

Nous constatons certes que le potentiel de rachat prévu dans le projet de mise en œuvre de la motion Ettlín est limité. En effet, le preneur d'assurance ne pourrait combler les lacunes de cotisation des dix dernières années uniquement, sous réserve qu'il ait rempli, durant cette période, les conditions pour cotiser au pilier 3a. Par ailleurs, seule une lacune à concurrence de la « petite déduction » (c'est-à-dire en cas d'affiliation au 2^{ème} pilier) pourrait être comblée pour chaque année pour laquelle le rachat est envisagé. En outre, la possibilité de rachat ne s'offrirait qu'aux lacunes de cotisation apparues après l'entrée en vigueur des modifications de l'OPP 3.

Par ailleurs, le cas échéant, nous serions favorables à ce que le preneur d'assurance doive adresser une demande préalable détaillée à l'institution de prévoyance (IP) et qu'une attestation lui soit délivrée avec des renseignements détaillés et complets en vue de la taxation. Nous estimons également nécessaire que les institutions de prévoyance individuelle liée soient tenues de procéder à des contrôles approfondis des demandes de rachat et d'évaluer leur admissibilité sur la base des informations fournies.

Cependant, le Conseil d'Etat relève que les institutions de prévoyance et les autorités fiscales cantonales seraient confrontées à des difficultés pratiques importantes en matière de traçabilité dans un contexte intercantonal, en particulier dans l'hypothèse d'un changement de canton.

En outre, les administrations fiscales verraient leur charge de travail augmenter afin, d'une part, d'assurer les vérifications nécessaires quant à la déductibilité du rachat, et, d'autre part, en cas de refus de la déduction, de pouvoir remettre aux contribuables concernés les attestations pour obtenir le remboursement du rachat de l'institution de prévoyance. Nous constatons également que la mesure ne profiterait qu'à un nombre limité de contribuables, à savoir ceux qui sont aisés financièrement et qui paraissent moins concernés par un besoin de renforcer leur prévoyance. Enfin, la baisse des recettes fiscales ne peut en l'état être évaluée. Néanmoins, la situation financière actuelle et les perspectives difficiles pour les années à venir s'opposent à l'introduction d'une nouvelle déduction fiscale.

Comme mentionné au début de la présente prise de position, nous rejetons le projet mis en consultation.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer au sujet de l'objet susmentionné et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction des finances, pour elle et le Service cantonal des contributions ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 28 février 2024

Le Conseil d'Etat

981-2024

Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Madame Elisabeth Baume-Schneider
Conseillère fédérale
Inselgasse 1
3003 Berne

Concerne : Modification de l'ordonnance sur les déductions admises fiscalement pour les cotisations versées à des formes reconnues de prévoyance (OPP 3) – Mise en œuvre de la motion Ettlín 19.3702 « Permettre les rachats dans le pilier 3a » – Ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions d'avoir sollicité l'avis de notre Conseil sur l'objet mentionné sous rubrique et vous faisons part de notre détermination à son propos.

Nous sommes favorables à ce projet qui autorise les rachats dans le pilier 3a et observons qu'il définit de façon stricte les possibilités de rachats tout en limitant leur portée.

En particulier, nous relevons les points suivants :

- Nous constatons avec satisfaction que le potentiel de rachat est limité aux lacunes existant pour celles et ceux qui n'ont pas versé toutes les cotisations maximales admises au cours des dix années précédant le rachat.
- Nous saluons le fait qu'il est prévu l'obligation de verser d'abord une cotisation ordinaire au pilier 3a avant de pouvoir effectuer un rachat.
- Nous approuvons le mode de calcul du potentiel de rachat. Il permet un « rattrapage » des cotisations non versées dans le cadre du pilier 3a au cours des dix années précédant le rachat, tout en évitant une planification fiscale excessive, puisqu'il prévoit une limite du montant du rachat qui peut être effectué.
- Nous approuvons la limitation prévue dans les dispositions transitoires selon laquelle seules les lacunes de cotisations apparues après l'entrée en vigueur de la modification de l'OPP 3 relative au rachat dans le pilier 3a pourront être comblées.

Nous relevons que ce projet entraînera une charge administrative importante pour les autorités fiscales cantonales ainsi que des coûts supplémentaires sur le plan informatique,

raisons pour lesquelles il est important que les institutions de prévoyance soient tenues de délivrer des attestations aussi complètes que possible.

En vous réitérant nos remerciements de nous avoir offert la possibilité de prendre position sur ce projet, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michele Righetti-El Zayadi

Le président :



Antonio Hodgers

Copie à : sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Glarus, 27. Februar 2024
Unsere Ref. 2023-240

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3); Umsetzung der Mo. Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir, verzichten jedoch im Rahmen dieser Vernehmlassung auf eine Äusserung.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

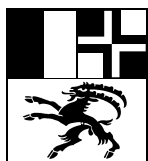
Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Benjamin Mühlemann
Landammann


Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch



Sitzung vom

27. Februar 2024

Mitgeteilt den

28. Februar 2024

Protokoll Nr.

164/2024

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

Per Mail (PDF und Word) an: Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannten Vorsorgeformen (BVV3)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Regierung des Kantons Graubünden bedankt sich für die Einladung zur Vernehmlassung. Sie nimmt wie folgt Stellung:

Grundsätzlich erachtet die Regierung es als kritisch, wenn über das Steuerrecht Förderpolitik betrieben wird. Aufgrund der engen Leitplanken, welche die Einkaufsmöglichkeiten in die Säule 3a definieren und gleichzeitig den Umfang eines Einkaufs einschränken, kann die Vorlage allerdings unterstützt werden.

Die Regierung erachtet es als unabdingbar, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge, wie vorgesehen, verpflichtet werden, die Gesuche eingehend zu prüfen und die Zulässigkeit eines Einkaufs aufgrund der erhaltenen Informationen sorgfältig zu beurteilen (vgl. Art. 7b Abs. 3 E-BVV3). Dies erleichtert die nachträgliche Kontrolle der Steuerbehörden.

Wichtig ist, dass die Vorsorgeeinrichtung für Einkäufe in die Säule 3a die aktuelle Bescheinigung ausstellt (Formular 21 EDP) und diese neu die Angaben nach Art. 7b Abs. 1 Bst. a–c E-BVV3 enthalten muss. Diese Bescheinigung alleine reicht allerdings nicht aus, um die steuerliche Abzugsfähigkeit des getätigten 3a-Einkaufs zu überprüfen. Zwar ist sie eine wertvolle Informationsquelle. Trotzdem führt die Möglichkeit eines Einkaufs in die Säule 3a zu einem administrativen Mehraufwand für die kantonalen Steuerbehörden, die wesentlich umfangreichere Kontrollen durchführen müssen als dies nach geltendem Recht der Fall ist.

Stellt die Steuerbehörde etwa fest, dass zu hohe Einkäufe in die Säule 3a getätigt wurden, geht sie gleich vor wie bei zu hohen ordentlichen Beiträgen: Sie erstellt eine Bescheinigung, in welcher der zurückzuerstattende Betrag genau angegeben wird. Diese Bescheinigung wird der steuerpflichtigen Person übergeben, welche gestützt darauf bei der zuständigen Vorsorgeeinrichtung einen Rückerstattungsantrag zu stellen hat. Die Bescheinigung führt den zurückzuerstattenden Betrag pro Steuerjahr auf.

Zudem wird die Kontrolle bei einem Kantonswechsel kompliziert: Die Steuerbehörde des Zuzugskantons, welche die Einkäufe im Rahmen der Veranlagung prüft, kennt die Höhe der ordentlichen Beiträge nicht, welche im Wegzugskanton in den Jahren, für die Einkäufe getätigt werden, steuerlich zulässig waren. Gegebenenfalls muss die Steuerbehörde des Zuzugskantons von der Steuerbehörde des Wegzugskantons Auskünfte über die Höhe der gewährten Säule 3a-Abzüge verlangen.

Die Regierung schätzt die Mindereinnahmen bei den Einkommenssteuern für den Kanton Graubünden und die Bündner Gemeinden auf der Grundlage der groben Schätzungen des Bundes auf 4 bis 9 Millionen Franken unter Annahme eines sehr hohen Gebrauchs der neuen Einkaufsmöglichkeit. Die Mindereinnahmen würden der Kanton Graubünden und die Bündner Gemeinden etwa zur Hälfte tragen. Sie würden im Jahr nach dem Inkrafttreten rechnungswirksam.

Zusammenfassend unterstützt die Regierung die Vorlage trotz des Zusatzaufwandes für die Steuerbehörden und der finanziellen Auswirkungen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

Kopie:

- Steuerverwaltung

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par courriel en version PDF et Word

Mme la Conseillère fédérale
Elisabeth Baume-Schneider
Cheffe du DFI
Inselgasse 1
CH-3003 Berne
sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Delémont, le 6 février 2024.

Modification de l'ordonnance sur les déductions admises fiscalement pour les cotisations versées à des formes reconnues de prévoyance (OPP 3) – Mise en œuvre de la motion Ettlin 19.3702 « Permettre les rachats dans le pilier 3a ». Ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement jurassien a été invité par votre Département à se prononcer au sujet de la consultation fédérale mentionnée en objet et il vous en remercie.

Sur le fond du projet, le Gouvernement jurassien est clairement opposé à la mise en place d'une possibilité de rachat dans le 3^{ème} pilier et des déductions fiscales y relatives. Il se montre, dès lors, également très critique à l'égard de la modification prévue de l'ordonnance.

Le Gouvernement constate, en effet, que le pilier 3a n'est pas une assurance sociale obligatoire comme le 2^{ème} pilier (pour la partie obligatoire en tout cas), mais une mesure de prévoyance individuelle purement facultative financée par des primes périodiques versées au bon vouloir du preneur de prévoyance. De ce fait, il n'y a en principe pas, sur le plan technique, de lacune de prévoyance à combler à partir d'un âge d'affiliation obligatoire, comme c'est le cas dans le 2^{ème} pilier. Ce mécanisme de rachat n'est d'ailleurs pas prévu dans la LAVS. L'introduction de possibilités de rachat dans le pilier 3a privilégierait donc unilatéralement les personnes disposant de revenus élevés qui ont les moyens de cotiser et de procéder en sus à des rachats. Cela ne contribuerait toutefois pas à améliorer la prévoyance pour la grande majorité de la population active.

Le Gouvernement jurassien rappelle que, selon la statistique sur l'impôt fédéral direct 2019, environ 10 % des contribuables seulement sont en mesure de bénéficier de la déduction fiscale maximale dans la prévoyance individuelle. Ce pourcentage peut être diminué de moitié pour le canton du Jura. Les modifications législatives proposées ne profiteraient ainsi qu'à un nombre limité de contribuables.

En outre, la mesure proposée entraînerait un surcroît de travail administratif considérable pour les autorités d'exécution (institutions de prévoyance et autorités fiscales) et aurait des conséquences financières notables tant au niveau de la Confédération que des cantons et des communes. Pour toutes ces raisons, le Gouvernement jurassien ne peut apporter son soutien au projet mis en consultation.

Si le projet devait néanmoins être poursuivi, le Gouvernement jurassien insiste sur la nécessité de prévoir des garde-fous étroits tels que ceux prévus dans le projet d'ordonnance. Sur cette base, il se déclare en principe d'accord avec l'avant-projet de modification de l'ordonnance. En effet, les possibilités de rachat dans le pilier 3a sont définies et limitées de manière exhaustive et l'étendue d'un rachat est limitée, ce qui est fortement salué.

Tout en réitérant ses remerciements de lui avoir donné la possibilité de prendre position à ce sujet, le Gouvernement vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA



Rosalie Beuret Siess
Présidente



Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Departement des Innern
Per E-Mail an (Word- und PDF):
Sekretariat.abel@bsv.admin.ch

Luzern, 27. Februar 2024

Protokoll-Nr.: 184

Vernehmlassung Änderung BVV 3 zur Einführung von Einkäufen in die Säule 3a

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. November 2023 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass es in Anbetracht der aktuellen Bundesfinanzen und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Gemeinden aus unserer Sicht nicht vertretbar ist, weitere Steuerausfälle entgegenzunehmen. Daher spricht sich der Kanton Luzern gegen die vorgesehene Verordnungsänderung aus. Für den Fall, dass der Abzug trotzdem erweitert werden sollte, müsste die Einkaufsfrist gekürzt werden. Eine Dauer von 10 Jahren erachten wir als zu lang. Darüber hinaus schliesst sich der Kanton Luzern der Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) vom 5. Februar 2024 an.

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse


Reto Wyss
Regierungsrat

Beilage:

– Stellungnahme FDK vom 5. Februar 2024

Kopie:

- Dr. Peter Mischler, Generalsekretär FDK (Peter.Mischler@fdk-cdf.ch)



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courrier électronique
Département fédéral de l'intérieur
Palais fédéral
3003 Berne

Modification de l'ordonnance sur les déductions admises fiscalement pour les cotisations versées à des formes reconnues de prévoyance (OPP 3) — Mise en œuvre de la motion Ettlín 19.3702 « Permettre les rachats dans le pilier 3a »

Monsieur le conseiller fédéral,

Votre correspondance du 22 novembre 2023 relative à la procédure de consultation susmentionnée nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention.

L'objectif de la motion Ettlín est de permettre aux personnes n'ayant pas pu effectuer de versements dans le pilier 3a les années précédentes, ou qui n'ont versé que des montants partiels, puissent le faire ultérieurement au titre de rachats et déduire ainsi les montants correspondants de leur revenu imposable.

Sur le fonds, notre autorité est opposée à la mise en place d'une politique d'incitation par le biais du droit fiscal, et donc à la modification envisagée de l'ordonnance. Le pilier 3a n'est par ailleurs par une assurance sociale obligatoire, de sorte qu'on ne saurait retenir, au plan de la systématique, une lacune de prévoyance à combler.

En outre l'introduction des possibilités de rachat ne profiterait qu'aux catégories de contribuables les plus aisés et n'améliorerait pas la prévoyance pour une grande majorité de la population.

Enfin le projet entraînerait des conséquences financières significatives pour la Confédération, les cantons et les communes (300 à 600 millions de francs).

Si la modification de l'ordonnance devait néanmoins être retenue, nous soutenons la plupart des garde-fous envisagés et vous faisons part en annexe de nos commentaires sur le projet.

En vous remerciant de l'attention portée au présent courrier, nous vous prions d'agréer, Monsieur le conseiller fédéral, l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 14 février 2024



Au nom du Conseil d'État :

Le président,
A. RIBAUX

La chancelière,
S. DESPLAND

- Annexe : mentionnée

Annexe :

Il s'agit ici de bien cibler l'objectif souhaité par la motion et d'y mettre les garde-fous nécessaires afin d'éviter d'introduire uniquement un outil d'optimisation fiscale. À ce titre, nous saluons les limitations suivantes qui permettent de cibler au mieux l'objectif de prévoyance souhaité :

- Limitation aux dix années précédant le rachat (article 7a al. 1 let.a) ;
- Exigence du versement intégral de la cotisation admise l'année au cours de laquelle le rachat est effectué ;
- Calcul du rachat selon l'article 7a al. 2 et notamment que la cotisation maximale prise en considération, soit celle fixée à l'article 7 al. 1 let.a (soit « la petite cotisation », en 2024, 7'056 francs). Cela permet de limiter une optimisation fiscale excessive.

Cependant, nous constatons que la condition introduite à l'article 7a al. 1 let. b, soit la nécessité de remplir les conditions pour verser les cotisations (être au bénéfice d'un revenu soumis à AVS) au cours des années concernées par le rachat, limitera fortement les objectifs de prévoyance. En effet, cette condition ne permettra pas à des personnes ayant cessé leur activité lucrative durant une période (par exemple afin de s'occuper de leurs enfants) de procéder à des rachats de 3^e pilier A au moment de la reprise d'une activité lucrative soumise à AVS. À notre sens, le moment déterminant pour la réalisation des conditions doit être la date du versement du rachat, au même titre que la cotisation ordinaire.

Nous constatons que le projet ne mentionne pas les versements anticipés pour l'encouragement à la propriété au sens de l'article 3 al. 3 OPP3. Ces versements ne doivent pas créer une lacune de cotisations pouvant donner lieu à un rachat. Aussi, il nous paraît nécessaire que l'OPP3 l'exclue de manière claire notamment dans le cadre de la demande de rachat présentée par le preneur (article 7b al. 1 let. b). Le preneur doit avoir l'information qu'il ne peut s'agir d'une lacune de prévoyance pouvant être comblée.

Le projet ne prévoit pas de délai de blocage tel que prévu par l'article 79b al. 3 LPP pour les rachats de deuxième pilier. Or le montant maximal du rachat dans le pilier 3a peut s'élever à 70'560 francs et atteindre un seuil de matérialité. Nous sommes d'avis qu'en l'absence de délai de blocage prévu par l'ordonnance, l'autorité fiscale demeure compétente pour examiner un tel rachat sous l'angle de l'évasion fiscale.

Il est enfin bien entendu que le présent projet engendrera pour les autorités fiscales cantonales un important travail de vérification, notamment en cas de conclusion de plusieurs contrats de prévoyance liée. Le contrôle sera plus compliqué en cas de changement de canton (notamment les déménagements successifs). La collaboration entre autorités fiscales prévue à l'article 39 alinéa 2 de la loi fédérale sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (LHID) sera déterminante. Nous estimons également que les institutions de prévoyance individuelle liée devront veiller avec sérieux au respect des nouvelles règles

Nous approuvons finalement la disposition transitoire qui prévoit que les lacunes de cotisations apparues avant l'entrée en vigueur de la modification ne pourront être comblées au moyen d'un rachat.



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Departement des Innern EDI
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider
Inselgasse 1
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 27. Februar 2024

Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) – Umsetzung der Motion Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf das Schreiben des EDI vom 22. November 2023, worin die Kantone um eine Stellungnahme zu den Änderungen der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) – Umsetzung der Motion Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen – ersucht werden. Wir bedanken uns für die Gelegenheit dazu und lassen uns gerne wie folgt vernehmen.

Mit den Reformen der ersten und zweiten Säule werden mittelfristig die Versichertenbeiträge steigen und die überobligatorische Rentenhöhe in der zweiten Säule sinken. Damit ist der verfassungsmässige Auftrag der Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise gefährdet. Die Motion Ettlín 19.3702 zielte daher auf eine Stärkung der Vorsorge mit der Säule 3a ab. Die restriktive Vorlage des Bundesrates schränkt die Anwendbarkeit der nachträglichen Einzahlung in die dritte Säule derart stark ein, dass Nutzen und Kontrollaufwand in keinem günstigen Verhältnis stehen. Der Kanton Nidwalden steht der Vernehmlassungsvorlage deshalb ablehnend gegenüber. Das Ziel, die Selbstvorsorge zu stärken, könnte einfacher erreicht werden, indem die maximalen jährlichen Einzahlungen von derzeit CHF 7'056 (respektive CHF 35'280) erhöht würden.

Nachfolgend nehmen wir Stellung zu einzelnen Artikeln für den Fall, dass das Geschäft weiterverfolgt werden sollte. Mit Schreiben vom 5. Februar 2024 hat die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren eine Vernehmlassungsstellungnahme zum randvermerkten Geschäft abgegeben. Diese FDK-Stellungnahme basiert wiederum auf der Musterstellungnahme der Schweizerischen Steuerkonferenz SSK vom 10. Januar 2024. Die nachfolgende Stellungnahme des Kantons Nidwalden basiert auf der Stellungnahme der FDK.

Art. 7a – Abzugsberechtigung für als Einkauf geleistete Beiträge

Wir begrüssen, dass nur Personen ein Einkaufspotenzial haben, die in den letzten zehn Jahren vor dem Einkauf nicht alle maximal zulässigen Beiträge einbezahlt haben (vgl. Art. 7 Abs. 1 Bst. a E-BVV3).

Folgerichtig muss der Vorsorgenehmer bzw. die Vorsorgenehmerin während dieser Zeit berechtigt gewesen sein, Beiträge an die Säule 3a zu leisten. Dies bedeutet, dass er bzw. sie während dieser Zeit eine AHV-beitragspflichtige unselbständige oder selbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt hat (vgl. Art. 7 Abs. 1 E-BVV3).

Die Pflicht, vor dem Einkauf zuerst einen ordentlichen Beitrag in die Säule 3a einzuzahlen, erscheint insbesondere aus steuerlicher Sicht sinnvoll. Dadurch wird eine neue Lücke vermieden, weil im Jahr des Einkaufs in die Säule 3a keine ordentlichen Beiträge getätigt werden.

Das Einkaufspotenzial entspricht der Differenz zwischen der Summe der maximal zulässigen und der tatsächlich einbezahlten Beiträge der letzten zehn Jahre vor dem Einkauf. Der Einkauf darf jedoch den Betrag des «kleinen» Abzugs nach Art. 7 Abs. 1 Bst. a BVV3 nicht übersteigen (vgl. Art. 7a Abs. 2 E-BVV3). Diese Beschränkung erlaubt das „Nachholen“ von nicht einbezahlten Beiträgen in die Säule 3a, begrenzt aber die Steuerplanung, indem der Einkaufsbetrag auf die Höhe des «kleinen Abzugs» begrenzt wird.

Sinnvoll erscheint auch die in Art. 7a Abs. 4 E-BVV3 vorgesehene Beschränkung, wonach Einkäufe nicht mehr zulässig sind, wenn der Vorsorgenehmer eine Altersleistung bezieht: Damit wird verhindert, dass ein Vorsorgenehmer die Altersleistung aus der Säule 3a bezieht, (was ab dem 60. Lebensjahr möglich ist,) und kurz danach einen Einkauf in die Säule 3a tätigt. Einem möglichen steuerlichen Missbrauch – wie er in der Praxis vorkommt – wird damit vorgebeugt (Wiedereinbringung von Vorsorgeguthaben innerhalb Jahresfrist i.S.v. Art. 24 Bst. c DBG und 7 Abs. 4 Bst. e StHG).

Art. 7b - Gesuch um Annahme von als Einkauf geleisteten Beiträgen

Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Vorsorgenehmer den Einkauf bei der Säule 3a Einrichtung mittels schriftliches Gesuch, welches spezifische Angaben enthalten muss, beantragen muss: Bevor der Vorsorgenehmer den Einkauf tätigt, muss er bestätigen, dass er im Einkaufsjahr den vollen ordentlichen Beitrag für das betreffende Jahr entrichtet hat; für die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen werden soll, noch keinen Einkauf vorgenommen wurde; er noch keine Altersleistung der Säule 3a bezogen hat (vgl. Art. 7b Abs. 1 und Abs. 2 E-BVV3). Das Gesuch muss sodann auch die ordentlichen Säule 3a Beiträge der letzten 10 Jahre vor dem Einkauf beinhalten, die in andere Vorsorgeeinrichtungen eingezahlt wurden, als der Einkauf.

Wir erachten es als unabdingbar, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge verpflichtet werden, die Gesuche zu prüfen und die Zulässigkeit eines Einkaufs aufgrund der erhaltenen Informationen zu beurteilen. Sind die Voraussetzungen für einen Einkauf erfüllt, lässt die Säule 3a Einrichtung diesen zu bzw. lehnt ihn ab, wenn dies nicht der Fall ist (vgl. Art. 7b Abs. 3 E-BVV3).

Für die Steuerbehörden ist es wichtig, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge die erforderlichen Vorprüfungen vertieft durchführen. Dies erleichtert die nachträgliche Kontrolle der Steuerbehörde. Die Steuerbehörde prüft einerseits, ob die in der Steuererklärung geltend gemachten Säule 3a Beiträge den Bescheinigungen der Einrichtungen entsprechen. Andererseits prüft sie, welche ordentlichen Beiträge in den Jahren, für die Einkäufe getätigt wurden, steuerlich tatsächlich anerkannt wurden und ob die Einkaufsbeiträge der Differenz zu den steuerlich zulässigen Beiträgen entsprechen.

Art. 8 Abs. 2

Wichtig ist, dass die Vorsorgeeinrichtung für Einkäufe in die Säule 3a die aktuelle Bescheinigung ausstellt (Formular 21 EDP): Diese Bescheinigung muss neu die Angaben nach Art. 7b Abs. 1 Bst. a - c E-BVV3 enthalten, d.h. die Höhe des beantragten Einkaufs, die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen wird und deren Höhe sowie die Höhe des ordentlichen Beitrags für das Jahr, in dem der Einkauf in die Säule 3a getätigt wird.

Diese Bescheinigung alleine reicht nicht aus, um die Abzugsfähigkeit des getätigten 3a-Einkaufs zu überprüfen. Zwar ist sie eine wertvolle Informationsquelle, wenn sie von der gebundenen Selbstvorsorgeeinrichtung korrekt ausgefüllt wird. Trotzdem führt die Möglichkeit eines Einkaufs in die Säule 3a zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand für die kantonalen Steuerbehörden sowie zu zusätzlichen Aufwendungen für die IT. Die Steuerbehörden müssen mit diesem Entwurf umfangreichere Kontrollen durchführen als sie nach geltendem Recht durchzuführen haben.

Stellt die Steuerbehörde fest, dass zu hohe Einkäufe in die Säule 3a getätigt wurden, geht sie gleich vor, wie bei zu hohen ordentlichen Beiträgen: Sie erstellt eine Bescheinigung (oder einen Brief), in welcher der zurückzuerstattende Betrag genau angegeben wird. Diese Bescheinigung wird der steuerpflichtigen Person übergeben, welche bei der zuständigen Vorsorgeeinrichtung einen Rückerstattungsantrag zu stellen hat. Die Bescheinigung führt den zurückzuerstattenden Betrag pro Steuerjahr auf (SSK, Vorsorge und Steuern, Cosmos Verlag, Anwendungsfall B.2.3.10).

Zudem wird die Kontrolle bei einem Kantonswechsel kompliziert: Die Steuerbehörde des Zuzugskantons, welche die Einkäufe im Rahmen der Veranlagung prüft, kennt die Höhe der ordentlichen Beiträge nicht, welche im Wegzugskanton in den Jahren, für die Einkäufe getätigt werden, steuerlich zulässigen waren.

Die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge müssen sorgfältig darauf bedacht sein, dass die Vorgaben von Artikel 7a E-BVV3 zur Berechnung des Einkaufspotenzials eingehalten werden. Primär müssen vom Steuerpflichtigen die entsprechenden Veranlagungen des Wegzugskantons einverlangt werden, um die notwendigen Prüfungen vorzunehmen. Gegebenenfalls kann die Steuerbehörde des Zuzugskantons gestützt auf Art. 111 DBG bzw. Art. 39 Abs. 2 StHG von der Steuerbehörde des Wegzugskantons Auskünfte über die Höhe der gewährten Säule 3a Abzüge verlangen. (Diese Artikel regeln die Zusammenarbeit zwischen den mit der Anwendung des DBG bzw. des kantonalen und kommunalen Rechts betrauten Steuerbehörden.)

Art. 8b Mitteilung der Vorsorgeangaben

Die Pflicht der übertragenden Einrichtung, bei einer Übertragung von Vorsorgekapital die relevanten Angaben über die in den vorangegangenen zehn Jahren ordentlichen und als Einkauf geleisteten Beiträge unter Angabe der damit ausgeglichenen Beitragslücke mitzuteilen, ist von besonderer Bedeutung: Dies ermöglicht es der übernehmenden Säule 3a Einrichtung, die geleisteten Einkaufsbeiträge auf ihre Gesetzeskonformität hin zu überprüfen.

Übergangsbestimmung

Schliesslich begrüssen wir die in der Übergangsbestimmung vorgesehene Begrenzung, wonach nur Beitragslücken geschlossen werden können, die nach dem Inkrafttreten der Änderung der BVV3 betreffend Einkäufe in die Säule 3a entstanden sind.

Mit dieser Bestimmung wird verhindert, dass Personen, die kurz vor dem Rentenalter stehen, im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen der BVV3 Einkäufe in die Säule 3a vornehmen und kurz darauf Kapitalbezüge tätigen, die privilegiert besteuert werden.

Sperrfrist

Wir stellen fest, dass der Entwurf zur Änderung der BVV3 betreffend Einkäufe in die Säule 3a keine Regel enthält, die jener von Art. 79b Abs. 3 BVG entspricht, wonach «Einkaufsbeiträge innerhalb von drei Jahren nicht in Kapitalform ausbezahlt werden dürfen».

Eine analoge Bestimmung erscheint nicht nötig und wird deshalb auch nicht verlangt. Dies, weil einerseits die überwiegende Mehrheit der Säule 3a Konten oder Policen die Auszahlung von Kapital und nicht von (Alters -) Renten vorsehen und andererseits der Maximalbetrag eines Einkaufs steuerlich nicht ins Gewicht fällt: Tatsächlich entspricht der maximale

Einkaufsbeitrag dem „kleinen Säule 3a Abzug“ - obwohl Personen, die keiner zweiten Säule angehören höhere ordentliche Beiträge einzahlen können (vgl. Art. 7 Abs. 1 Bst. b BVV3).

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Michèle Blöchli
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch



<CH-6060 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

elektronisch an:
sekretariat.abel@bsv.admin.ch

Sarnen, 19. Februar 2024

Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) – Umsetzung der Mo. Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen; Stellungnahme.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) betreffend die Einführung von Einkäufen in die Säule 3a Stellung zu nehmen.

Der Kanton Obwalden lehnt die Änderung der BVV3 in der vorgeschlagenen Form ab. Zum einen erscheint uns der entstehende Vollzugsaufwand insbesondere bei den Steuerbehörden als sehr umfangreich. Zum anderen würde die vorgeschlagene Art der Einführung von Einkaufsmöglichkeiten in die Säule 3a Personen mit geringen Einkommen kaum eine Verbesserung ihrer Vorsorge ermöglichen. Der ursprüngliche Gedanke des Vorstosses – die Einführung der Möglichkeit, für Jahre nachzahlen zu können, in denen eine Person kein Einkommen hatte – wird bei der vorgeschlagenen Umsetzung nicht beachtet. Gerade für Frauen mit Erziehungsarbeit, welche zeitweise nicht berufstätig waren, ergibt sich dadurch keine Besserstellung in ihrer Vorsorge.

Wir ersuchen Sie, die Vorlage dahingehend anzupassen, dass auch für diejenigen Jahre ein nachträglicher Einkauf in die Säule 3a ermöglicht wird, in welchen eine Person kein Einkommen hatte und dass der Vollzugsaufwand bei den Behörden reduziert wird.

Für die Berücksichtigung unserer Bemerkungen und Anliegen danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse



Cornelia Kaufmann-Hurschler
Regierungsrätin

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Steuerverwaltung
- Staatskanzlei (RR-Zi.)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 16. Februar 2024

Änderung der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3) – Umsetzung der Motion Ettlín 19.3702 «Einkauf in die Säule 3a ermöglichen»; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für das Schreiben vom 22. November 2023 und die Gelegenheit, zum Vorentwurf einer Änderung der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (SR 831.461.3) Stellung nehmen zu können. Gern äussern wir uns wie folgt.

Die vorgeschlagene Umsetzung der Motion Ettlín mit der Begrenzung der Einkaufsmöglichkeit auf die letzten zehn Jahre vor dem Einkauf und der Limitierung des Einkaufsbetrags auf den «kleinen» Säule 3a-Beitrag ist eher restriktiv angelegt. Wir begrüssen dies, ist doch der administrative Mehraufwand für die Steuerbehörden, der mit der Schaffung einer Einkaufsmöglichkeit in die Säule 3a einhergeht, keineswegs unerheblich. Die eher restriktive Umsetzung senkt aber auch das steuerliche Missbrauchspotenzial, und die Mindereinnahmen bei den Einkommenssteuern für Bund, Kantone und Gemeinden lassen sich so in Grenzen halten. Von daher verdient die Verordnungsänderung in der vorgeschlagenen Form Zustimmung. Änderungsvorschläge haben wir nicht.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Stefan Kölliker
Präsident

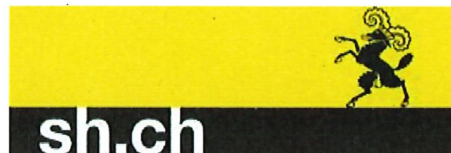
Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement
J. J. Wepfer-Strasse 6
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 72 50
cornelia.stammhurter@sh.ch



Finanzdepartement

Eidgenössisches Departement des
Innern

per E-Mail:
sekretariat.abel@bsv.admin.ch

Schaffhausen, 12. Februar 2024

Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3); Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. November 2023 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter
Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Künftig sollen Beitragslücken in der Säule 3a durch nachträgliche Einkäufe geschlossen werden
können. Der damit einhergehenden Erweiterung der Abzugsmöglichkeiten bei der
Einkommenssteuer stehen wir kritisch gegenüber, im Wesentlichen aus folgenden Gründen: Wir
erkennen keine Notwendigkeit für diese Anpassung, da es bei der Säule 3a, anders als bei der
2. Säule im Nachgang keine versicherungstechnische Lücke zu schliessen gibt. Zudem wird
Personen mit geringen Einkommen dadurch keine Verbesserung ihrer Vorsorge ermöglicht.
Dementsprechend erachten wir die hohen finanziellen Mindereinnahmen von schätzungsweise
100 bis 150 Mio. Franken auf Bundesebene und von 200 bis 450 Mio. Franken auf Kantons-
und Gemeindeebene nicht für gerechtfertigt. Schliesslich macht dieser Abzug das Steuersystem
noch wesentlich komplizierter und administrativ aufwändiger.

Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen
Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren FDK vom 5. Februar 2024.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Finanzdepartement

Dr. Cornelia Stamm Hurter
Regierungsrätin

Finanzdepartement

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 57
finanzdepartement@fd.so.ch
so.ch

Peter Hodel
Landammann

Per E-Mail an:
Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Eidgenössisches Departement
des Innern
Frau Bundesrätin
Elisabeth Baume-Schneider
Inselgasse 1
3003 Bern

6. März 2024

**Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte
Vorsorgeformen (BVV3) - Umsetzung der Mo. Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a
ermöglichen - Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. November 2023 haben Sie uns die Vorlage «Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) - Umsetzung der Mo. Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen» zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir uns grundsätzlich den Ausführungen der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren in der Stellungnahme vom 5. Februar 2024 anschliessen. Auch wir stehen der im Titel erwähnten Vorlage eher kritisch gegenüber, ist doch der steuerwirksame Abzug für Einzahlungen in die Säule 3a ein ausserfiskalisch motivierter Abzug. Dasselbe gilt für die nun vorgesehenen nachträglichen Einkäufe in die Säule 3a.

Freundliche Grüsse



Peter Hodel
Landammann



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Departement des Innern
3003 Bern
Sekretariat.abel@bsv.admin.ch
(Word und PDF Version)

Schwyz, 20. Februar 2024

Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3), Einkauf in die Säule 3a ermöglichen

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. November 2023 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen vom 13. November 1985 (BVV 3, SR 831.461.3), Einkauf in die Säule 3a ermöglichen, zur Vernehmlassung bis 6. März 2024 unterbreitet.

Der Regierungsrat schliesst sich der Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) an und steht der vorgesehenen Änderung der Verordnung aus staatspolitischen Gründen kritisch gegenüber. Insbesondere in der aktuellen Phase angespannter Bundesfinanzen, erscheint es zudem nicht opportun, die Einnahmen auf Bundesebene mit dieser allenfalls wenig effektiven Erweiterung der Abzugsberechtigung zu vermindern.

Wenn der Abzug erweitert wird, muss dies im Rahmen enger Leitplanken geschehen. In diesem Sinne begrüsst der Regierungsrat, dass das Prinzip der Säule 3a als Erwerbsversicherung bei der Umsetzung der Motion gewahrt bleibt (vgl. Bericht Ziffer 1.3): Einkäufe sind – entgegen dem Anliegen der Motion – nur für solche Beitragsjahre zulässig, in denen die vorsorgene Person über ein AHV-pflichtiges Erwerbseinkommen verfügte. Aus steuertechnischer Sicht unterstreicht der Regierungsrat die Kritik der FDK an Art. 8 Abs. 2 der Vorlage. Die erweiterte Bescheinigungspflicht gemäss Art. 8 Abs. 2 reicht nicht aus, um die steuerliche Abzugsfähigkeit eines Einkaufs in die Säule 3a zu überprüfen, was zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand für die kantonalen Steuerbehörden (inklusive IT-Aufwendungen) führt, der insbesondere bei einem Kantonswechsel der vorsorgene Person ins Gewicht fällt (vgl. auch Bericht Ziffer 3). Aus diesem Grund schlägt der Regierungsrat eine weitergehende Bescheinigungs- und Abklärungspflicht der Versicherungseinrichtungen der Säule 3a vor, um die Steuerbehörden entsprechend zu entlasten und einen höheren Personalaufwand zu vermeiden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



André Rügsegger
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement des Innern
Frau Elisabeth Baume-Schneider
Bundesrätin
3003 Bern

Frauenfeld, 20. Februar 2024

105

Änderung der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3) zum Zwecke der Umsetzung der Motion 19.3702 von SR Ettlín „Einkauf in die Säule 3a ermöglichen“

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf für die Teilrevision der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3; SR 831.461.3) zum Zwecke der Umsetzung der Motion 19.3702 von SR Ettlín „Einkauf in die Säule 3a ermöglichen“.

1. Allgemeine Bemerkungen

Wir erachten die Einführung der Möglichkeit, nicht einbezahlte Säule 3a-Beiträge für die vergangenen zehn Jahre nachträglich einzahlen zu können, als nicht zielführende und nicht sachgerechte Massnahme. Von dieser Möglichkeit werden nur einkommensstarke Personen Gebrauch machen können, da einkommensschwache Personen nicht über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen werden, insbesondere auch, da die vorgeschlagene Ausgestaltung verlangt, dass vor dem Einkauf zuerst ein ordentlicher Beitrag geleistet werden muss. Deren finanzielle Absicherung im Alter belastet daher die Sozialwerke weiterhin (z.B. Ergänzungsleistungen). Die durch die Vorlage prognostizierte Reduktion der Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen (EL) werden nicht erzielt werden können. Zudem besteht neben der 3. Säule der Altersvorsorge bereits die Möglichkeit, bei der 2. Säule nachträgliche, steuerbegünstigte Einkäufe zu tätigen. Dies führt tendenziell dazu, dass sogar nur äusserst vermögende Personen von der vorgeschlagenen Revision profitieren würden – und dies aufgrund der progressiven Steuerbemessung in überproportionalem Ausmass. Die Vorlage ist mit Blick auf den Steuerwettbewerb daher insbesondere für Kantone mit vielen besonders einkommensstarken oder

2/3

vermögenden Personen interessant. Materiell ist die Vorlage sozialpolitisch fehl am Platz und verdient in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten keine Unterstützung.

Die Vorlage überzeugt auch finanzpolitisch nicht. Die aus der Vorlage resultierenden Steuerausfälle werden die Erträge aus der direkten Bundessteuer und den kantonalen Einkommenssteuern schmälern, wobei die direkte Bundessteuer aufgrund ihrer Struktur mit einem relativ hohen Freibetrag und einer starken Progression besonders betroffen sein wird. Diese Steuerausfälle sind angesichts der angespannten Finanzlage des Bundes und gegenwärtig auch vieler Kantone ohne Leistungsabbau kaum realisierbar. Der Kanton Thurgau wäre davon ebenfalls negativ betroffen.

Insgesamt würde die steuerliche Entlastung der gut bis sehr gut verdienenden Personen zulasten allgemeiner staatlicher Leistungen für die breite Bevölkerung gehen. Das unterstützen wir nicht. Die Detailbemerkungen zu einzelnen Artikeln sind nachfolgend aufgeführt.

2. Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Art. 7a

Es ist sachgerecht, dass nur Personen ein Einkaufspotenzial haben, die in den letzten zehn Jahren vor dem Einkauf nicht alle maximal zulässigen Beiträge einbezahlt haben (vgl. Art. 7 Abs. 1 lit. a E-BVV3). Folgerichtig muss der Vorsorgenehmer oder die Vorsorgenehmerin während dieser Zeit berechtigt gewesen sein, Beiträge an die Säule 3a leisten zu können. Dies bedeutet, dass er oder sie während dieser Zeit eine AHV-beitragspflichtige unselbständige oder selbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt hat (vgl. Art. 7 Abs. 1 E-BVV3). Die Pflicht, im Einkaufsjahr vor dem Einkauf zuerst einen ordentlichen Beitrag in die Säule 3a einzuzahlen, erscheint insbesondere aus steuerlicher Sicht sinnvoll. Dadurch wird eine neue Lücke vermieden, weil im Jahr des Einkaufs in die Säule 3a keine ordentlichen Beiträge getätigt werden. Alles andere wäre auch vollzugstechnisch deutlich aufwendiger.

Art. 7b

Für die Steuerbehörden ist es wichtig, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge die vorgesehene Vorprüfung sorgfältig durchführen. Dies erleichtert die nachträgliche Kontrolle der Steuerbehörde. Andernfalls entstünde für die Kantone ein erheblicher Kontrollaufwand, der nicht geleistet werden kann.

3/3

Art. 8 Abs. 2

Wichtig ist, dass die Vorsorgeeinrichtung für Einkäufe in die Säule 3a die aktuelle Bescheinigung ausstellt (Formular 21 EDP). Diese Bescheinigung muss neu die Angaben nach Art. 7b Abs. 1 lit. a bis lit. c E-BVV3 enthalten, d.h. die Höhe des beantragten Einkaufs, die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen wird, deren Höhe und die Höhe des ordentlichen Beitrags für das Jahr, in dem der Einkauf in die Säule 3a getätigt wird. Nur so kann der Kanton die Prüfung der Zulässigkeit des Abzugs ähnlich effizient vornehmen, wie dies heute der Fall ist.

Herausfordernd könnten die Kontrollen bei einem Kantonswechsel werden. Die Steuerbehörde des Zuzugskantons, welche die Einkäufe im Rahmen der Veranlagung prüft, kennt die Höhe der ordentlichen Beiträge nicht, die im Wegzugskanton in den Jahren, für die Einkäufe getätigt werden, steuerlich zulässig waren. Die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge müssen daher sorgfältig darauf bedacht sein, dass die Vorgaben von Art. 7a E-BVV3 zur Berechnung des Einkaufspotenzials eingehalten werden. Primär müssen vom Steuerpflichtigen die entsprechenden Veranlagungen des Wegzugskantons verlangt werden, um die notwendigen Prüfungen vorzunehmen. Gegebenenfalls kann die Steuerbehörde des Zuzugskantons gestützt auf Art. 111 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG; SR 642.11) oder Art. 39 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Steuerharmonisierungsgesetz, StHG; SR 642.14) von der Steuerbehörde des Wegzugskantons Auskünfte über die Höhe der gewährten Säule 3a-Abzüge verlangen. Die Auskunftspflicht müsste gesetzlich sichergestellt werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber



Numero
788

sl

0

Bellinzona
21 febbraio 2024

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale dell'interno
Bundesgasse 3
3003 Berna

Invio per posta elettronica (word e pdf):
Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Procedura di consultazione concernente la modifica dell'ordinanza sulla legittimazione alle deduzioni fiscali per i contributi a forme di previdenza riconosciute (OPP 3) – Attuazione della mozione Ettlín 19.3702 «Consentire il riscatto di prestazioni del pilastro 3a»

Onorevole Consigliera federale Baume-Schneider,
Gentili Signore e Signori,

vi ringraziamo per averci coinvolto nella procedura di consultazione citata a margine e, dopo attento esame delle modifiche normative proposte e del commento redatto dall'Ufficio federale delle assicurazioni sociali (UFAS) lo scorso novembre, vi comunichiamo quanto segue.

1. Premessa

Il 2 giugno 2020, il Parlamento ha accolto la mozione Ettlín 19.3702 «Consentire il riscatto di prestazioni del pilastro 3a», che incarica il Consiglio federale di creare le disposizioni necessarie affinché le persone che in anni precedenti non sono riuscite affatto, o soltanto in parte, a versare contributi al pilastro 3a abbiano la possibilità di farlo successivamente e di dedurre il versamento effettuato dal reddito imponibile (cd. «riscatto 3a»). In virtù della delega di competenze prevista dall'art. 82 cpv. 2 LPP, il Consiglio federale propone, quindi, una modifica dell'Ordinanza sulla legittimazione alle deduzioni fiscali per i contributi a forme di previdenza riconosciute (OPP3).

2. Punti essenziali del progetto

Il progetto di modifica presenta una serie di condizioni e/o limitazioni per la legittimazione del riscatto e la determinazione del potenziale di riscatto, le quali possono essere così riassunte:

- potranno essere compensate soltanto le lacune contributive sorte dopo l'entrata in vigore della modifica dell'Ordinanza e, con i riscatti, si potranno colmare soltanto eventuali lacune sorte nei dieci anni civili precedenti la richiesta di riscatto;

- i riscatti potranno avere luogo solo se durante il medesimo anno sarà versata l'integralità del contributo ordinario (natura cd. "sussidiaria" del riscatto rispetto al contributo ordinario);
- i riscatti saranno possibili retroattivamente soltanto per anni di contribuzione in cui l'intestatario della previdenza ha adempiuto i requisiti per il versamento di contributi al pilastro 3a (i.e. reddito lavorativo soggetto all'AVS);
- si potrà effettuare un riscatto ogni anno, ma al massimo fino all'importo della cd. «piccola deduzione» (art. 7 cpv. 1 lett. a OPP 3; ad es. 2024: CHF 7'056.--). Suddetta limitazione vale anche per coloro che non dispongono di un 2° pilastro e, quindi, hanno ordinariamente diritto alla cd. «grande deduzione» (art. 7 cpv. 1 lett. b OPP3). Chiaramente, il versamento effettivo non potrà superare il potenziale di riscatto, che viene calcolato sommando le lacune contributive riscattabili degli ultimi dieci anni;
- la lacuna contributiva di un determinato anno non potrà essere compensata con riscatti ripartiti su più anni, anche qualora tale lacuna superasse l'importo limite di CHF 7'056.-- (trattandosi ad es. di un indipendente con importo massimo deducibile superiore alla predetta cifra). Se per esempio l'intestatario della previdenza desidera compensare una lacuna sorta nel 2025, non lo potrà fare ripartendo il riscatto sugli anni 2026, 2027 e 2028. La possibilità di colmare più lacune contributive, relative a più periodi fiscali, mediante un unico riscatto non è per contro esclusa (ad es. lacune 2025, 2026 e 2027 compensate con un riscatto nel 2028);
- i riscatti saranno possibili soltanto fino al momento della riscossione di una prestazione di vecchiaia della previdenza individuale vincolata o, nel caso di una polizza assicurativa, fino a quando la medesima diverrà esigibile ai sensi dell'art. 3 cpv. 1 OPP3.

3. Osservazioni e/o criticità

Ci teniamo innanzitutto a osservare che le numerose condizioni proposte dal progetto vanno accolte di principio positivamente in quanto limitano adeguatamente le possibilità in ambito di pianificazioni fiscali. Particolarmente adeguate risultano segnatamente (1) la scelta di limitare il riscatto annuale, fiscalmente deducibile, alla cd. "piccola deduzione", (2) l'impossibilità di ripartire il riscatto di una lacuna su più periodi fiscali e (3) il divieto di procedere con un riscatto se già si percepisce una prestazione della previdenza individuale vincolata.

Tuttavia è importante evidenziare che l'onere di controllo in capo alle autorità fiscali aumenterà inevitabilmente poiché le attestazioni redatte dagli istituti previdenziali non saranno sufficienti per determinare la legittimità delle deduzioni fiscali. In particolare, gli istituti non sono normalmente a conoscenza dei rapporti previdenziali che gli assicurati hanno presso altri istituti e dei contributi versati, nonché dei riscatti eventualmente effettuati dagli stessi presso i medesimi. Inoltre, le autorità fiscali potrebbero ritrovarsi nella situazione di dover richiedere suddette informazioni ad altri Cantoni, per via di un cambio di domicilio fiscale del contribuente, con il rischio di ritardare le procedure di accertamento.

Da un punto di vista finanziario, si rileva come secondo il commento redatto dall'UFAS, il progetto di modifica comporterà una diminuzione del gettito dell'imposta federale diretta compreso tra 100 e 150 milioni di franchi all'anno, di cui il 21,2% sarà a carico dei Cantoni. La diminuzione del gettito per Cantoni e Comuni viene stimato, approssimativamente, tra 200 e 450 milioni di franchi. Si tratta pertanto di cifre piuttosto consistenti.

Parimenti, si nutrono alcune perplessità rispetto alla reale efficacia della misura. Nel suo parere del 14.08.2019 (prima risposta alla mozione Ettlín), il Consiglio federale ha messo in luce come solo un terzo dei titolari di un conto 3a, ovvero circa il 13% di tutti i contribuenti, era in grado nel 2015 di versare l'importo massimo deducibile per la previdenza individuale vincolata. La cerchia di contribuenti che potrà concretamente effettuare dei riscatti e beneficiare quindi della modifica normativa appare pertanto piuttosto limitata.

4. Conclusioni

Il Consiglio di Stato accoglie positivamente gli sforzi per limitare le possibilità di riscatto nella previdenza individuale vincolata. Indubbiamente, se confrontato con la mozione inizialmente avanzata, il progetto di modifica tiene debitamente conto di una serie di problematiche di natura fiscale, legate alle possibilità di pianificazione che l'introduzione del riscatto potrebbe generare.

Ciò nonostante, alla luce dei costi che tale modifica comporterà – da un lato, la perdita di gettito fiscale, dall'altra l'aumento degli oneri amministrativi in capo alle autorità fiscali – ci si interroga sulla reale necessità dell'introduzione della possibilità di riscatto nel 3a.


Sebbene vi siano indubbiamente delle preoccupazioni all'interno della popolazione rispetto alla pensione e, in particolare, ai redditi con i quali far fronte alla medesima, si nutrono inoltre delle perplessità sull'adeguatezza del riscatto nel 3a quale strumento per mitigare tali criticità. Il rischio concreto è che tale modifica vada a vantaggio di quei contribuenti che già oggi dispongono di una buona copertura previdenziale complessiva (1°, 2° e 3° pilastro).

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Raffaele De Rosa

Il Cancelliere

Arnaldo Coduri

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Divisione delle contribuzioni (dfe-dc@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Bundeshaus
3003 Bern

Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) - Umsetzung der Motion Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 22. November 2023 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) den Regierungsrat des Kantons Uri eingeladen, zur Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) - Umsetzung der Motion Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen - Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und äussern uns dazu wie folgt:

Der Regierungsrat lehnt die Vorlage grundsätzlich ab, da es nicht Aufgabe des Steuerrechts ist, durch zusätzliche Abzüge Förderpolitik zu betreiben. Der in der Motion geforderte steuerwirksame Einkauf in die Säule 3a stellt ein zusätzliches Steuerplanungsinstrument dar, das prima vista nicht der Verbesserung der Vorsorge dient. Vielmehr bietet der steuerwirksame Einkauf in die Säule 3a einer finanziell privilegierten Bevölkerungsschicht zusätzliche Steuerplanungsmöglichkeiten zur Reduktion bzw. Optimierung der Steuerbelastung.

Der verfassungsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz ist für den Regierungsrat höher zu gewichten als das zusätzlich geforderte Steuerplanungsinstrument. Sollte eine Ausdehnung des steuerwirksamen Säule-3a-Abzugs auf Einkäufe wider Erwarten unumgänglich sein, müssten in der Verordnung noch engere Leitplanken gesetzt werden. Eine Besserstellung von Wohneigentümern gegenüber Mietern ist nicht akzeptabel. Die Verordnung BVV3 ist deshalb zwingend dahingehend zu ergänzen, dass bereits getätigte Vorbezüge für Wohneigentum nach Artikel 30c BVG (sog. WEF-Vorbezüge) zuerst

zurückbezahlt werden müssen, bevor steuerwirksame Einkäufe in die Säule 3a getätigt werden können.

Antrag:

Der Regierungsrat beantragt daher, die kumulativen Voraussetzungen nach Artikel 7a Absatz 1 BVV3 um den Buchstaben d. zu ergänzen:

¹ Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende können zusätzlich zu den Beiträgen nach Artikel 7 Absatz 1 Beiträge als Einkauf in die gebundene Selbstvorsorge leisten und diese von ihrem Einkommen abziehen, wenn sie:

- a.;
- b.;
- c.; und
- d. im Jahr, in dem der Einkauf erfolgt, die WEF-Vorbezüge nach Artikel 30c BVG vollständig an die Vorsorgeeinrichtung zurückbezahlt haben.

Mit dieser Ergänzung der Verordnungsbestimmung wird die Gleichbehandlung von Wohneigentümern und Mietern gewährleistet und gleichzeitig die obligatorische berufliche Vorsorge (2. Säule) gegenüber der freiwilligen Vorsorge (Säule 3a) nicht unnötig geschwächt.

Im Übrigen verweist der Regierungsrat auf die detaillierten Ausführungen in der Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) vom 5. Februar 2024.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit dieser Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 1. März 2024



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Urs Janett

Roman Balli

Beilage

- Stellungnahme der FDK zur Änderung der BVV3 vom 5. Februar 2024

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Elisabeth Baume-Schneider
Cheffe Département fédéral de l'intérieur
Palais fédéral
3003 Berne

Par courriel :
sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Réf. : 23_COU_7401

Lausanne, le 28 février 2024

Consultation relative à la modification de l'ordonnance sur les déductions admises fiscalement pour les cotisations versées à des formes reconnues de prévoyance (OPP 3) – Mise en œuvre de la motion Ettlín 19.3702 « Permettre les rachats dans le pilier 3a »

Madame la Conseillère fédérale,

Faisant suite au courrier du 22 novembre 2023 du Département fédéral de l'intérieur, le Conseil d'Etat vous fait parvenir sa prise de position relative à la consultation susmentionnée.

Après avoir pris connaissance du projet mis en consultation, le Conseil d'Etat reste dubitatif par rapport au principe des rachats dans le pilier 3a : il ne s'agit en effet pas d'une assurance sociale obligatoire comme le 2ème pilier (pour la partie obligatoire en tout cas), mais d'une mesure de prévoyance individuelle purement facultative financée par des primes périodiques versées au bon vouloir du preneur de prévoyance. Il n'y a donc en principe pas, sur le plan technique, de lacune de prévoyance à combler à partir d'un âge d'affiliation obligatoire, comme c'est le cas dans le 2ème pilier (cf. art. 7 LPP). Ce mécanisme de rachat n'est d'ailleurs pas prévu dans la LAVS. Ainsi, le Conseil d'Etat est opposé à ce projet.

Cependant, le projet mis en consultation permet la mise en place de « garde-fous » permettant de mieux définir les possibilités de rachat dans le pilier 3a tout en limitant la portée d'un tel rachat, ce qui doit être salué dans l'éventualité où le Conseil fédéral adoptait le projet d'ordonnance.

Sur la base du commentaire par articles figurant dans le rapport explicatif relatif à la modification de l'OPP3 en vue de l'instauration de rachats dans le pilier 3a, le Conseil d'Etat formule les remarques suivantes.

Art. 7a Déduction des cotisations versées à titre de rachat

Le Conseil d'Etat constate avec satisfaction que le potentiel de rachat est limité aux lacunes existant pour ceux qui n'ont pas versé toutes les cotisations maximales admises au cours des dix années précédant le rachat (cf. art. 7al. 1 lit. a nOPP3).

En outre, il semble logique que le preneur de prévoyance devait avoir le droit de verser des cotisations au pilier 3a durant cette période : cela implique qu'il devait durant cette période exercer une activité lucrative salariée ou indépendante soumise à cotisations AVS (cf. art. 7 al. 1 nOPP3).

Finalement, il semble effectivement judicieux sur le plan fiscal de prévoir l'obligation de verser d'abord une cotisation ordinaire au pilier 3a avant de pouvoir effectuer un rachat, puisque cela permet d'éviter de créer une nouvelle lacune en ne cotisant pas de manière ordinaire l'année durant laquelle le rachat dans le cadre du pilier 3a est effectué.

Le Conseil d'Etat approuve en outre le mode de calcul précis du potentiel de rachat selon lequel il convient de combler les différences entre la somme des cotisations annuelles maximales admises et la somme des cotisations annuelles effectivement versées au cours de dix années précédant le rachat ; ce dernier ne peut cependant pas dépasser le montant de la « petite » déduction au sens de l'art. 7 al. 1 lit. a OPP3 (cf. art. 7a al. 2 nOPP3). Cette limitation permet certes un « rattrapage » des cotisations non versées dans le cadre du pilier 3a mais permet de limiter une planification fiscale excessive en limitant le montant du rachat qui peut être effectué à hauteur de la « petite déduction ».

Dans le même ordre d'idée, la limitation prévue à l'art. 7a al. 4 n OPP3, selon laquelle les rachats ne sont plus admis si le preneur de prévoyance perçoit une prestation de vieillesse, paraît judicieuse : en effet, cela permet d'éviter qu'un preneur de prévoyance ne perçoive la prestation de vieillesse (découlant du pilier 3a), ce qui est possible dès l'âge de 60 ans, et ne procède dans un délai bref à un nouveau rachat dans le cadre du pilier 3a. Cette limitation évite ainsi les abus potentiels auxquels les autorités fiscales sont confrontées dans le cadre de la prévoyance professionnelle (cas de réinvestissement d'une prestation en capital du 2ème pilier dans le délai d'un an dans une institution de prévoyance au sens de l'art. 24 lit. c LIFD et 28 al 1 lit. d LI).

Art. 7b Demande de rachat

Le Conseil d'Etat salue l'exigence d'une demande spécifique de rachat dans le cadre du pilier 3a contenant plusieurs indications : il s'agit de la confirmation par le preneur de prévoyance qu'il a versé la cotisation ordinaire avant d'effectuer le rachat pour l'année concernée, de l'indication des années pour lesquelles une lacune est comblée. Le preneur doit finalement confirmer ne pas avoir perçu de prestation de vieillesse dans le cadre du pilier 3a (cf. art. 7b al. 1 et al. 2 nOPP3). Cette demande devra prendre naturellement en compte les cotisations (ordinaires) au pilier 3a versées durant les dix années précédant le rachat auprès d'institution(s) de prévoyance différente(s) de celle auprès de laquelle le rachat est effectué.

Il est également nécessaire que les institutions de prévoyance individuelle liée soient tenues de vérifier les demandes de rachat et d'évaluer leur admissibilité sur la base des informations fournies. Si les conditions d'un rachat sont réunies, elles doivent les admettre et refuser le rachat dans le cas contraire (cf. art. 7b al. 3 nOPP3).

Il est important pour les autorités fiscales que les institutions de prévoyance individuelle liée effectuent de manière approfondie les contrôles préalables nécessaires, ce qui facilitera le contrôle ultérieur du rachat (pilier 3a) effectué par les autorités fiscales. Ces dernières contrôleront d'une part si les cotisations au pilier 3a revendiquées dans la déclaration d'impôt du preneur correspondent aux attestations. D'autre part, les autorités fiscales examineront si les cotisations des années pour lesquelles le rachat est effectué ont été effectivement admises en déduction sur le plan fiscal et si le montant du rachat correspond à la différence entre ce montant et les cotisations déductibles maximales.

Art. 8 al. 2

Il est effectivement important que l'institution de prévoyance délivre une attestation pour les rachats dans le pilier 3a, qui est l'attestation actuelle 21 EDP : cette attestation devra désormais contenir les informations visées à l'art. 7b al. 1 lit. a à c nOPP3, à savoir le montant du rachat demandé, les années pour lesquelles une lacune de cotisations doit être comblée et pour quel montant ainsi que le montant de la cotisation ordinaire versée pour l'année durant laquelle le rachat dans le cadre du pilier 3a sera effectué.

Cette attestation permettra aux autorités fiscales cantonales de vérifier la déductibilité du rachat 3a effectué. Il s'agit certes d'une source d'information précieuse et exhaustive, si elle est remplie correctement par l'institution de prévoyance individuelle liée, mais cela entraînera dans tous les cas une surcharge administrative importante pour les autorités fiscales cantonales ainsi que des coûts supplémentaires sur le plan de l'informatique. Ainsi, les autorités de taxation devront procéder à des contrôles notablement plus étendus que ceux qu'elles doivent effectuer sur la base du droit actuel.

Si l'autorité fiscale constate que les rachats dans le pilier 3a sont trop élevés en fonction des mécanismes décrits dans la présente modification de l'OPP3, elle procédera de la même manière que pour les cotisations ordinaires excédentaires : l'autorité fiscale établira une attestation remise au contribuable (preneur) qui devra demander le remboursement auprès de l'institution de prévoyance du pilier 3a concernée. L'attestation indiquera les montants à rembourser pour l'année concernée (Prévoyance et impôts, Conférence suisse des impôts, Ed. Cosmos, cas d'application B.2.3.10).

Le contrôle sera plus compliqué en cas de changement de canton : l'autorité fiscale du nouveau canton, compétente pour examiner la déduction du rachat, ne sera pas au courant des déductions effectivement admises dans le premier canton compétent avant le déménagement du preneur de prévoyance.

A cet égard, les institutions de prévoyance individuelle liée devront veiller soigneusement et avec sérieux au respect des nouvelles règles figurant à l'art. 7a nOPP3 relatives à la manière de calculer le potentiel de rachat. Les autorités fiscales demanderont en premier lieu au contribuable la production des décisions de taxation du canton de départ pour procéder à ces vérifications. Le cas échéant, l'autorité fiscale du canton d'arrivée pourra demander des renseignements relatifs au montant des déductions accordées dans le cadre du pilier 3a à l'autorité fiscale du canton de départ en vertu de l'art. 111 LIFD, resp. 39 al. 2 LHID, prévoyant la collaboration entre les autorités fiscales chargées d'appliquer la LIFD, resp. le droit cantonal et communal conformément à la LHID.

Art. 8b Communication des données relatives à la prévoyance

L'obligation faite, lors d'un transfert de capital, à l'institution transférante de communiquer les informations pertinentes relatives aux cotisations versées au cours de dix années précédentes et au(x) rachat(s) que le preneur de prévoyance a effectués au cours des dix années manquantes, en indiquant les lacunes de cotisations ainsi comblées est particulièrement importante : cela permet à l'institution de prévoyance individuelle liée reprenante de procéder correctement au contrôle des rachats effectués dans le cadre du pilier 3a.

Dispositions transitoires

Il faut approuver la limitation prévue dans les dispositions transitoires selon laquelle seules les lacunes de cotisations apparues après l'entrée en vigueur de la modification de l'OPP3 relative au rachat dans le pilier 3a pourront être comblées.

Cette disposition permettra d'éviter que, au moment de l'entrée en vigueur de ces modifications de l'OPP3, des personnes proches de l'âge de la retraite ne se « dépêchent » de faire des rachats de lacunes passées dans le pilier 3a.

Délai de blocage

Le projet de modification de l'OPP3 relative au rachat dans le pilier 3a ne contient aucune règle, applicable par analogie, semblable à celle figurant à l'art. 79b al. 3 LPP selon lequel « les prestations résultant d'un rachat ne peuvent être versées sous forme de capital par les institutions de prévoyance avant l'échéance d'un délai de trois ans ».

Il n'est cependant pas nécessaire de procéder à l'ajout d'une disposition semblable à l'art. 79b al. 3 LPP : d'une part, la grande majorité des comptes ou polices découlant du 3ème pilier A prévoient le versement de capitaux et non de rentes (de vieillesse) ; d'autre part, le montant maximum du rachat correspond à des montants qui ne sont pas vraiment matériels, sur le plan fiscal : en effet, le rachat maximum admis dans ce projet de modification de l'OPP3 correspond uniquement à la petite déduction, alors que les cotisations ordinaires pour les personnes non affiliées au 2ème pilier correspondent à des montants plus élevés (cf. art. 7 al. 1 lit. b OPP3).

En vous remerciant d'avance pour la prise en considération de nos observations, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de nos sentiments distingués.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

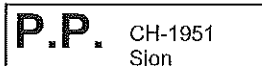
LE CHANCELIER a.i.



François Vodoz

Copies

- Office des affaires extérieures
- Administration cantonale des impôts



Madame
Elisabeth Baume-Schneider
Conseillère fédérale
Département fédéral de l'intérieur
Inselgasse 3
3003 Berne



Références MA
Date 21 février 2024

Consultation sur la modification de l'ordonnance sur les déductions admises fiscalement pour les cotisations versées à des formes reconnues de prévoyance (OPP 3) - Mise en œuvre de la motion Ettlín 19.3702 « Permettre les rachats dans le pilier 3a »

Madame la Conseillère fédérale,

Nous faisons suite à votre lettre du 22 novembre 2023 concernant la procédure de consultation citée en marge et formulons ci-après nos observations.

Le projet mis en consultation ouvre la possibilité de procéder au rachat d'années de cotisations manquantes dans le 3^e pilier a.

Le Conseil d'Etat du Canton du Valais relève à cet égard que le 3^e pilier a n'est pas une assurance sociale obligatoire, mais une forme de prévoyance facultative dont le financement est essentiellement laissé à la libre appréciation de l'assuré. Il n'existe donc pas de lacune de prévoyance à proprement parler, comme c'est le cas dans le 2^e pilier. On peut en outre douter que le système fiscal doive privilégier et encourager une forme de prévoyance privée et facultative, au-delà des possibilités déjà existantes et au détriment des recettes fiscales des collectivités publiques.

On rappellera ici que le rapport de consultation chiffre les pertes de recettes fiscales entre 100 et 150 millions de francs au niveau fédéral et entre 200 et 450 millions au niveau cantonal et communal.

Le Conseil d'Etat du Canton du Valais est fondamentalement opposé à la mise en place d'une politique d'encouragement par le biais du droit fiscal. Il rejette la modification prévue de l'ordonnance. Si la déduction des cotisations au 3^e pilier a devait toutefois être étendue dans le sens du projet mis en consultation, il soutient la mise en place de garde-fous étroits tels que ceux prévus dans le projet d'ordonnance.

La possibilité de procéder à des rachats dans le 3^e pilier engendrera en outre un surcroît de travail pour les administrations fiscales cantonales. Ces dernières ne devront en effet plus seulement limiter leur contrôle au fait que les cotisations au pilier 3a revendiquées en déduction correspondent aux attestations délivrées et n'excèdent pas les montants maximaux admis. Elles devront également s'assurer que le preneur de prévoyance cotise de manière ordinaire au 3^e pilier a l'année du rachat, vérifier que le montant du rachat correspond bien à la différence entre le montant des cotisations déjà admises en déduction et les cotisations déductibles maximales ainsi que s'assurer que le rachat concerne des périodes fiscales durant lesquelles le contribuable était autorisé à cotiser au 3^e pilier a (art. 7 al. 1 nOPP3).



Si l'autorité fiscale constate que les rachats dans le pilier 3a sont trop élevés, elle devra en outre procéder de la même manière qu'actuellement pour les cotisations ordinaires excédentaires, soit établir une attestation à l'attention du contribuable indiquant le montant du rachat excédentaire en l'invitant à en demander le remboursement à l'institution de prévoyance concernée. En cas de changement de domicile, les autorités fiscales du nouveau canton de domicile du contribuable devront en outre requérir de lui, ou directement des autorités fiscales du canton de départ, les taxations des périodes fiscales précédentes.

Compte tenu de ce qui précède, le Conseil d'Etat salue les règles strictes qui seront mises en place si le projet devait aboutir.

Le potentiel de rachat est limité aux "lacunes" consécutives au fait que le preneur de prévoyance n'a pas versé les cotisations maximales admises au cours des dix années précédant le rachat (art. 7 al. 1 lit. a nOPP3). Celui qui cotise pleinement au 3^e pilier a n'a ainsi pas de possibilité de rachat. L'année du rachat, l'assuré doit également cotiser de manière ordinaire au 3^e pilier a, de manière à éviter la création d'une nouvelle lacune de prévoyance. Nous approuvons également le fait que le rachat ne puisse servir qu'à combler la différence entre la somme des cotisations annuelles maximales admises et la somme des cotisations annuelles effectivement versées au cours des dix années précédant le rachat, ce dernier ne pouvant en outre pas dépasser le montant de la "petite" déduction au sens de l'art. 7 al. 1 lit. a OPP3 (art. 7a al. 2 nOPP3). Conformément aux dispositions transitoires intégrées dans le projet, seules les lacunes de cotisations apparues après l'entrée en vigueur d'une éventuelle modification de l'OPP3 relative au rachat dans le pilier 3a pourront enfin être comblées.

La limitation prévue à l'art. 7a al. 4 nOPP3, selon laquelle les rachats ne sont plus admis si le preneur de prévoyance perçoit une prestation de vieillesse, permettra quant à elle d'éviter les abus qui consisteraient à retirer son 3^e pilier a, ce qui est possible dès l'âge de 60 ans, et à procéder dans un délai bref à un nouveau rachat.

Nous prenons en outre acte avec satisfaction des exigences de forme qui devront être respectées, en particulier du fait que le preneur de prévoyance devra confirmer qu'il a versé la cotisation ordinaire avant d'effectuer le rachat pour l'année concernée, indiquer les années pour lesquelles une lacune est comblée et confirmer ne pas avoir perçu de prestation de vieillesse dans le cadre du pilier 3a (art. 7b al. 1 et al. 2 nOPP3). Il appartiendra par ailleurs aux institutions de prévoyance individuelle liée de vérifier les demandes de rachat et d'évaluer leur admissibilité sur la base des informations fournies (art. 7b al. 3 nOPP3).

Il est essentiel que les institutions de prévoyance effectuent les contrôles préalables nécessaires et délivrent des attestations exhaustives, afin de faciliter le contrôle ultérieur de la déductibilité du rachat par les autorités fiscales.

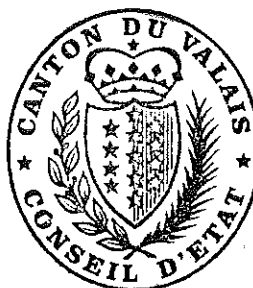
Enfin, lors d'un transfert de capital, l'obligation faite à l'institution transférante de communiquer les informations pertinentes relatives aux cotisations versées au cours de dix années précédentes et au(x) rachat(s) que le preneur de prévoyance a effectué(s) au cours des dix années manquantes, en indiquant les lacunes de cotisations ainsi comblées est particulièrement importante : cela permet à l'institution de prévoyance individuelle liée reprenante de procéder correctement au contrôle des rachats effectués dans le cadre du pilier 3a.

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'attention que vous porterez à sa détermination et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Christophe Darbellay



La chancière

Monique Albrecht



Finanzdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement
des Innern (EDI)
Frau Bundesrätin
Elisabeth Baume-Schneider
Inselgasse 1
3003 Bern

Zug, 22. Februar 2024 hinn
FD FDS 6 / 281 / 140326

Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) – Umsetzung der Mo. Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen; Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider

In rubrizierter Sache hat das Eidgenössischen Departements des Innern mit Schreiben des vor-
maligen Departementvorstehers vom 22. November 2023 das Vernehmlassungsverfahren er-
öffnet. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat an seiner Sitzung vom 28. November 2023 die
Finanzdirektion mit der direkten Beantwortung beauftragt. Wir erstatten Ihnen unsere Vernehm-
lassung und stellen folgende

Anträge:

1. Die vorgeschlagenen Verordnungsänderungen seien mit nachfolgender Änderung einzuführen.
2. Es seien Einkaufsmodalitäten bzw. Verfahren vorzusehen, die einfachere Handhabungen und Überprüfungen für die Einkaufswilligen, die Vorsorgeeinrichtungen und die Steuerbehörden ermöglichen.

Begründung:

1. Nach geltendem Recht können Beiträge in die Säule 3a nur laufend geleistet werden. Rückwirkende Beiträge i.S.v. Einkäufen sind derzeit nicht möglich. Wir begrüßen grundsätzlich, dass die Vorsorgemöglichkeiten der Bevölkerung gerade auch bei der gebundenen Selbstvorsorge der Säule 3a erweitert und verbessert werden sollen. Es gilt dabei aber,

Einkaufsmodalitäten zu erarbeiten, die sich im Alltag und im praktischen Vollzug aus Sicht der Einkaufswilligen, der Vorsorgeeinrichtungen und der Steuerbehörden mit angemessenem Aufwand umsetzen lassen.

2. Der Vernehmlassungsentwurf beinhaltet «Leitplanken», die die Einkaufsmöglichkeiten in die Säule 3a definieren und gleichzeitig den Umfang eines Einkaufs festlegen bzw. limitieren. Er deckt sich nicht gänzlich mit der Motion Ettlín. So verzichtet er beispielsweise etwa auf eine Rückwirkung nach Inkrafttreten. Umgekehrt sollen dafür jährliche Einkaufsmöglichkeiten vorgesehen werden (wenn auch auf die letzten zehn Jahre beschränkt), wogegen die Motion Einkaufsmöglichkeiten nur alle fünf Jahre fordert (dafür aber zeitlich unbeschränkt). Dieser Kompromiss ist vor dem Hintergrund des zu erwartenden erheblichen Vollzugaufwands für alle Involvierten nachvollziehbar. Ebenfalls nachvollziehbar ist, dass vor einem Einkauf zuerst die ordentlichen Beiträge des laufenden Jahres geleistet werden müssen und keine Einkäufe bei gleichzeitigem Bezug von Altersleistungen aus der Säule 3a mehr möglich sind. Einerseits werden so neue Beitragslücken vermieden und andererseits steuerliches Missbrauchspotential beschränkt. Wir unterstützen insofern die Stossrichtung der Vorlage.
3. Die eigentliche Herausforderung beim vorliegenden Geschäft dürfte aber im künftigen Vollzug liegen. Wir erachten es als unabdingbar, dass die Vorsorgeeinrichtungen noch vor den Steuerbehörden verpflichtet werden, die Einkaufsgesuche zu prüfen und die Zulässigkeit eines Einkaufs aufgrund der erhaltenen Informationen zu beurteilen. Sind die Voraussetzungen für einen Einkauf erfüllt, lässt die Vorsorgeeinrichtung diesen zu bzw. lehnt ihn ab, wenn dies nicht der Fall ist. Anspruchsvoll dürften dabei insbesondere Konstellationen mit übertragenen und/oder mehreren parallelen Vorsorgeverhältnissen sein. Der Vernehmlassungsentwurf sieht zwar vor, dass bei der Übertragung von Vorsorgeguthaben die Beiträge und Einkäufe der letzten zehn Jahre zwischen den Vorsorgeeinrichtungen gemeldet werden. Umgekehrt haben die Vorsorgeeinrichtungen ohne Mitwirkung der Einkaufswilligen jedoch kaum eine echte Möglichkeit zur Prüfung, ob das maximale Beitrags- und Einkaufspotential bereits durch Einlagen bei anderen Vorsorgeeinrichtungen ausgeschöpft wurde. Diese Schwierigkeit besteht zwar bereits heute bei den laufenden Beiträgen, aber wenn Verträge bei mehreren Einrichtungen bestehen, dürften sie sich bei zusätzlichen Einkaufsmöglichkeiten noch akzentuieren.

Für die Steuerbehörden wird es wichtig sein, dass die Vorsorgeeinrichtungen die erforderlichen Vorprüfungen vertieft durchführen. Dies erleichtert die nachträgliche Kontrolle der Steuerbehörden, die im Rahmen der Prüfung der Steuererklärung vorzunehmen sein wird und sich nicht nur auf die blosse Durchsicht der Bescheinigungen der Vorsorgeeinrichtungen (ergänzendes Formular 21 EDP) beschränken können wird. Der erläuternde Bericht hält dazu kurz fest, dass administrativer Mehraufwand entstehe. Die Steuerbehörden prüfen konkret einerseits, ob die in der Steuererklärung geltend gemachten Beiträge den Bescheinigungen der Vorsorgeeinrichtungen entsprechen. Andererseits prüfen sie, welche ordentlichen Beiträge in den Jahren, für die Einkäufe getätigt wurden, steuerlich anerkannt wurden

und ob die Einkaufsbeiträge der Differenz zu den steuerlich zulässigen Beiträgen entsprechen. Relativ wenig Schwierigkeiten dürften dabei Fälle mit sich bringen, in denen die einkaufswilligen Personen im gleichen Kanton Wohnsitz hatten, denn dann kann die betroffene kantonale Steuerbehörde im eigenen Veranlagungssystemen die in den Vorjahren getätigten Abzüge nachsehen. Wesentlich anspruchsvoller und aufwändiger werden sich jedoch Fälle zeigen, in denen in den Vorjahren ein- oder gar mehrere Male der Wohnsitz kantonsübergreifend gewechselt wurde. Letztlich werden solche Fälle nur durch interkantonale Amtshilfe unter Steuerbehörden geprüft werden können, indem im Einzelfall bei den Wegzugskantonen nach den entsprechenden Daten nachgefragt werden muss. Diese Kantone werden die Daten manuell aus ihren Veranlagungssystem herausuchen und melden müssen, wenn, gerade für ältere Perioden, noch Papierakten geführt werden ggf. auch aus diesen. Mithin ist auch mit vermehrten Anfragen von Einkaufswilligen zu rechnen, die eigene Steuerunterlagen aus den Vorjahren beibringen wollen oder müssen und deshalb Kopien einverlangen, wenn sie die Originalunterlagen nicht mehr selbst besitzen. Dass all diese Abklärungen und Nachweise einen erheblichen administrativen Aufwand für alle Involvierten mit sich bringen werden, dürfte auf der Hand liegen. Nicht ausser Acht gelassen werden darf zudem der Aspekt der Privatsphäre, wenn von Einkaufswilligen erwartet wird, Vorsorgeeinrichtungen über Vertragsverhältnisse mit anderen Einrichtungen zu orientieren oder ggf. zur Abklärung nötigenfalls auch eigene Steuerakten zu edieren.

4. Auch wenn wir die Stossrichtung der Vorlage wie erwähnt unterstützen, regen wir deshalb eine Überarbeitung dahingehend an, als dass Einkaufsmodalitäten und Verfahren geschaffen werden, die einfachere Handhabungen und Überprüfungen durch die Einkaufswilligen, die Vorsorgeeinrichtungen und die Steuerbehörden ermöglichen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse
Finanzdirektion



Heinz Tännler
Regierungsrat

Geht an:

- Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch (Word- und PDF-Format)
- Staatskanzlei (per GEVER-Überweisung, zur Geschäftskontrolle)
- Steuerverwaltung (internet.stv@zg.ch)



Eidgenössisches Departement des Innern
3003 Bern

7. Februar 2024 (RRB Nr. 126/2024)

Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (Vernehmlassung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. November 2023 haben Sie uns den Entwurf einer Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3, SR 831.461.3) mit erläuterndem Bericht zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Wir lehnen die vorgesehene Änderung der BVV 3 ab. Beim steuerlich privilegierten Alterssparen (Säule 3a) handelt es sich um ausserfiskalisch motivierte Abzüge. Diese Abzugsmöglichkeiten sollten nicht über die heute schon bestehenden Möglichkeiten ausgedehnt werden. Anders als die Säule 2 ist die Säule 3a nicht Teil der obligatorischen Sozialversicherung. Vielmehr handelt es sich um eine freiwillige individuelle Vorsorge, finanziert durch periodische Beiträge nach Gutdünken der Vorsorgenehmenden. Es entsteht daher auch keine versicherungstechnische Lücke, die wie in der 2. Säule mit Einkäufen zu schliessen wäre. Die Einführung von Einkäufen auch in der Säule 3a würde sodann einseitig Personen mit höheren Einkommen privilegieren, während für die überwiegende Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung keine Verbesserung der 3a-Vorsorgesituation eintreten wird, da diesen die finanziellen Mittel für Einkäufe in die Säule 3a fehlen. Weiter hätte die vorgeschlagene Massnahme bedeutende finanzielle Auswirkungen sowohl auf Bundes- als auch auf Kantons- und Gemeindeebene. Der erläuternde Bericht beziffert sie auf rund 100 Mio. bis 150 Mio. Franken pro Jahr auf Ebene der direkten Bundessteuer und auf 200 Mio. bis 450 Mio. Franken pro Jahr bei den Kantons- und Gemeindesteuern. Schliesslich würde die Verordnungsänderung zu einem beträchtlichen administrativen Aufwand für Vorsorgeeinrichtungen, Steuerpflichtige und Steuerbehörden führen.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs haben wir die folgenden Bemerkungen:

Art. 7a – Abzugsberechtigung für als Einkauf geleistete Beiträge

Wir begrüssen, dass nur Personen Einkäufe leisten können, die in den letzten zehn Jahren vor dem Einkauf nicht alle maximal zulässigen Beiträge einbezahlt haben (vgl. Art. 7 Abs. 1 Bst. a E-BVV 3).

Folgerichtig muss die Vorsorgenehmerin oder der Vorsorgenehmer während dieser Zeit berechtigt gewesen sein, Beiträge an die Säule 3a zu leisten. Dies bedeutet, dass sie oder er während dieser Zeit eine AHV-beitragspflichtige unselbstständige oder selbstständige Erwerbstätigkeit ausgeübt hat (vgl. Art. 7 Abs. 1 E-BVV 3).

Die Pflicht, vor dem Einkauf zuerst den ordentlichen Beitrag in die Säule 3a einzuzahlen, erscheint insbesondere aus steuerlicher Sicht sinnvoll. Dadurch wird eine neue Lücke vermieden, die entstehen würde, wenn im Jahr des Einkaufs keine ordentlichen Beiträge getätigt werden.

Das Einkaufspotenzial entspricht der Differenz zwischen der Summe der maximal zulässigen und der tatsächlich einbezahlten Beiträge der letzten zehn Jahre vor dem Einkauf. Der Einkauf darf jedoch den Betrag des «kleinen» Abzugs nach Art. 7 Abs. 1 Bst. a BVV 3 nicht übersteigen (vgl. Art. 7a Abs. 2 E-BVV 3). Diese Beschränkung erlaubt das Nachholen von nicht einbezahlten Beiträgen in die Säule 3a, begrenzt aber die Steuerplanung, indem der Einkaufsbetrag auf die Höhe des «kleinen Abzugs» begrenzt wird.

Sinnvoll erscheint auch die in Art. 7a Abs. 4 E-BVV 3 vorgesehene Beschränkung, wonach Einkäufe nicht mehr zulässig sind, wenn die Vorsorgenehmerin bzw. der Vorsorgenehmer eine Altersleistung der Säule 3a bezogen hat: Damit wird verhindert, dass eine steuerpflichtige Person die Altersleistung aus der Säule 3a bezieht (was ab dem 60. Lebensjahr möglich ist) und kurz danach einen steuermindernden Einkauf in die Säule 3a tätigt.

Art. 7b – Gesuch um Annahme von als Einkauf geleisteten Beiträgen

Gemäss Art. 7b muss die Vorsorgenehmerin bzw. der Vorsorgenehmer den Einkauf bei der Säule-3a-Einrichtung schriftlich beantragen. Dabei muss sie bzw. er bestätigen, dass sie bzw. er im Einkaufsjahr den vollen ordentlichen Beitrag für das betreffende Jahr entrichtet hat, dass sie bzw. er für die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen werden soll, noch keinen Einkauf vorgenommen hat und dass sie bzw. er noch keine Altersleistung der Säule 3a bezogen hat. Das Gesuch muss sodann auch die ordentlichen Säule-3a-Beiträge der letzten zehn Jahre vor dem Einkauf umfassen, die in andere Vorsorgeeinrichtungen eingezahlt wurden.

Für die Steuerbehörden ist es wichtig, dass die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge die Gesuche vertieft prüfen. Dies erleichtert die nachträgliche Kontrolle durch die Steuerbehörden. Die Steuerbehörden prüfen einerseits, ob die in der Steuererklärung geltend gemachten Säule-3a-Beiträge den Bescheinigungen der Einrichtungen entsprechen. Andererseits prüfen sie, welche ordentlichen Beiträge in den Jahren, für die Einkäufe getätigt wurden, steuerlich tatsächlich anerkannt wurden und ob die Einkaufsbeiträge der Differenz zu den steuerlich zulässigen Beiträgen entsprechen.



Art. 8 Abs. 2 – Bescheinigungspflichten

Im Falle eines Einkaufs in die Säule 3a muss die Bescheinigung über die geleisteten Beiträge neu auch die Angaben nach Art. 7b Abs. 1 Bst. a–c E-BVV 3 enthalten, d. h. die Höhe des Einkaufs, die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen wurde, und die Höhe der in diesen Jahren bereits geleisteten Beiträge.

Diese Bescheinigung allein reicht nicht aus, um die Abzugsfähigkeit des getätigten 3a-Einkaufs zu überprüfen. Zwar ist sie eine wertvolle Informationsquelle, wenn sie von der Vorsorgeeinrichtung korrekt ausgefüllt wird. Trotzdem führt die Möglichkeit eines Einkaufs in die Säule 3a zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand für die kantonalen Steuerbehörden sowie zu zusätzlichen Aufwendungen für die Anpassung der IT-Applikationen.

Besonders aufwendig wird die Kontrolle nach einem Kantonswechsel der steuerpflichtigen Person: Die Steuerbehörde des Zuzugskantons, welche die Einkäufe im Rahmen der Veranlagung prüft, kennt nämlich die Höhe der ordentlichen Beiträge nicht, die im Wegzugskanton in den Jahren, für die Einkäufe getätigt werden, steuerlich zulässig waren. Zur Kontrolle müssen in diesen Fällen die entsprechenden Veranlagungen des Wegzugskantons von der steuerpflichtigen Person oder dem Wegzugskanton einverlangt werden.

Art. 8b – Mitteilung der Vorsorgeangaben

Die Pflicht der übertragenden Einrichtung, bei einer Übertragung von Vorsorgekapital die relevanten Angaben über die in den vorangegangenen zehn Jahren ordentlichen und als Einkauf geleisteten Beiträge unter Angabe der damit ausgeglichenen Beitragslücke mitzuteilen, ist von besonderer Bedeutung: Dies ermöglicht es der übernehmenden Säule-3a-Einrichtung, Einkaufsanträge auf ihre Gesetzeskonformität hin zu überprüfen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Mario Fehr

Dr. Kathrin Arioli

